

**Das Abonnement**  
auf dies mit Anenahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr.

**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 4. Juli. Se. Majestät der König haben Allernädigst geruht: Dem Superintendenten und Pfarrer von Hermann zu Hohenfriedberg im Kreise Bölkow den Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Forstmeister Ritter zu Koblenz den Roten Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Regierungs-Hauptmann-Boten Keller zu Aachen und dem Drechslermeister Martin Wille zu Rügenwalde im Regierungsbezirk Köslin das Allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Direktor des Rechnungs-Büros des General-Postamts, Rechnungs-Rath Pfuglhaupt, und dem Rendanten und Vorsteher des Gesetzmüllungs-, Debits- und Zeitungs-Kontoirs hier selbst, Rechnungs-Rath Sinell, dem Charakter als Geheimer Rechnungs-Rath zu verleihen; die Kreisrichter Choltitz zu Jauer und Kanther zu Schönau zu Kreisgerichts-Räthen zu ernennen; den Rechtsanwälten und Notaren Burkert zu Schweidnig, Bouneß zu Breslau und Richter zu Glatz den Charakter als Justizrat, dem Appellationsgerichts-Sekretär Rolke zu Breslau und dem Kreisgerichts-Sekretär und Kanzlei-Direktor Endrich zu Militz den Charakter als Kanzlei-Rath; und dem Kreisgerichts-Salarien- und Depositial-Kassen-Rendanten Heinrich zu Striegau, so wie dem Kreisgerichts-Salarien-Kassen-Rendanten Schaff zu Wohlau den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen; desgleichen den Kaufmann Thomas Lüdert in Kurrahee zum Konzil dagebst zu ernennen.

Angekommen: Se. Exzellenz der General-Lieutenant und Gouverneur von Königsberg, von Schöeler, von Königsberg.

Abgezeigt: Nach Wirkliche Geheime Ober-Finanz-Rath Bitter, nach der Provinz Preußen.

Das 24. Stück der Gesetzmüllung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 7397 die Verordnung wegen Vergütung der Steuer für ausgesührten Rübenzucker, Besteuerung des Zuckers aus getrockneten Rüben und Vergütung des ausländischen Zuckers und Syrups, vom 2. Juli 1861; unter Nr. 5398 die Uebereinkunft zwischen Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurhessen, dem Großherzogthum Hessen, den zum Thüringischen Zoll- und Handelsvereine gehörigen Staaten, Braunschweig, Oldenburg, Nassau und der freien Stadt Frankfurt, wegen Vergütung der Steuer für ausgesührten Rübenzucker, Besteuerung des Zuckers aus getrockneten Rüben und Vergütung des ausländischen Zuckers und Syrups, vom 25. April 1861; und unter Nr. 5399 den Allerhöchsten Erlass vom 3. Juni 1861, betr. die Verleihung der festländischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreischaussee im Kreise Birnbaum von der Grenze des Meseritzer Kreises bei Rosenthal über Schwerin bis zur Neumärkischen Grenze in der Richtung auf Landsberg.

Berlin, den 4. Juli 1861.

Debitssanatorium der Gesetzmüllung.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Mittwoch 3. Juli. In der heutigen Sitzung des Herrenhauses theilte der Präsident die Antwort des Kaisers auf die Anrede der Deputation des Hauses mit. In derselben heißt es: Der Kaiser sei fest entschlossen, bei Regelung der Verhältnisse mit Ungarn unabänderlich an den in der Thronrede ausgesprochenen Grundsätzen festzuhalten. Der Kaiser drückte dann dem Herrenhause seine Anerkennung aus für die stets bestätigte würdige Haltung und für seine patriotische, ächt österreichische Gesinnung.

London, Mittwoch 8. Juli. Aus New York vom 22. v. M. hier eingetroffene Berichte melden, daß die Bundes-truppen gegen Fairsar, wo eine Schlacht erwartet wird, vorrücken. Die Beschlagnahme eines englischen Schiffes, das die Blokade Virginias verletzt hat, ist gerichtlich bestätigt worden.

Petersburg, Mittwoch 3. Juli. Eine Geld- und Handelskrise rückt von Tag zu Tag schleunigst drohender heran. Gold- und Silbermünzen sind am Markt nicht sichtbar. Der Diskont ist auf 9 Prozent gestiegen und ist auch dazu nur kümmerlich Geld zu erhalten. Der Ausfuhrhandel stockt. Die Reichsbank hält die Wechselkurse. Eine neue Emission von 6 Mill. Rubel Tresorscheine ist angekündigt.

(Eingeg. 4. Juli 8 Uhr Vormittags.)

## Deutschland.

Preußen. Berlin, 3. Juli. [Die Reform des Herrenhauses; die Huldigungssfeier; der Zollverein; eine Lüge des "Moniteur".] So berechtigt auch an und für sich der Wunsch erscheint, das Herrenhaus in einem solchen Falle der Gesetzgebung umgewandelt zu sehen, der es nicht als seine Aufgabe betrachtet, die zum Ausbau der Verfassung bestimmten Gesetzesvorlagen aus einseitigen Parteirücksichten nicht zum Abschluß kommen zu lassen, so muß doch die Art und Weise als bedenklich erscheinen, wie man diese Reform ins Werk zu setzen trachtet. Als Einsicht dabei einzuschlagende Weg stellt sich nach richtiger Reform des Herrenhauses auf die allmäßige Stärkung der liberalen Elemente des Hauses basirt, während die Anschauung als eine verkehrte bezeichnet werden muß, welche an die Stelle der jetzigen ersten Kammer eine völlig andere zu setzen als das geeignete Mittel bezeichnet. Bei einer Verfassung von einem erst so kurzem Bestehen, wie die unsrige, ist ein Experiment immer gefährlich, welches die formalen Grundlagen dieser Verfassung zu beseitigen trachtet, anstatt sie als solche festzuhalten. Man vergißt dabei, daß, wenn man einmal die Hand an Beseitigung jener Grundlagen zu legen beginnt, die Konsequenz leicht über den ursprünglichen Zweck hinauszugreifen sich veranlaßt finden könnte, und daß es auch bei Gelegenheit sich ereignen könnte, daß dem Abgeordnetenhaus geschieht, was man jetzt mit dem Herrenhause von gewisser Seite vorzunehmen für eine "Kreuzzeitung", daß die Mitglieder des Landtages nur in ihrem

eigenen Namen im Januar dieses Jahres dem Eid der Treue geleistet, nicht aber im Namen des Landes, daß mithin es für dieses selbst noch einer Erbhuldigungssfeier bedürfe, wird jetzt auch von einem hiesigen Blatt, das dieselben Anschauungen wie die "Kreuzzeitung" vertritt, wiederholt. Man will unter jenem Prätext die alten ständischen Korporationen wieder aus der Dunkelheit ans Tageslicht ziehen und dadurch wo möglich der bestehenden Verfassung und der in ihr wurzelnden Landesvertretung den Boden entziehen. Es ist dies jedoch ein vergebliches Bemühen, und wird binnen Kurzem in dieser Frage eine Entscheidung getroffen werden, durch welche diese Angelegenheit im Einlang mit der Verfassung ihre Erledigung finden wird.

Es kann als entschieden betrachtet werden, daß bei dem Ablauf der jetzigen Zollvereinsverträge unsere Regierung in eine Erneuerung derselben nur unter ganz bestimmten Modifikationen willigen wird. Die jetzige Organisation des Zollvereins beeinträchtigt augenscheinlich auf das Aeußerste in allen auf Herbeiführung handelspolitisch gebotener Reformen gerichteten Bestrebungen, wie z. B. die Geschichte der Eisenzölle genügend beweist. Der Grundsatz der erforderlichen Stimmeneinhelligkeit bei Fassung gemeinsamer Beschlüsse ist aber so ein permanentes Hemmnis jeder Verbesserung der Zollgesetzgebung, wie es mit den realen Verhältnissen der verschiedenen Staaten des Zollvereins im schreckendsten Kontraste steht. Ohne gründliche Änderung des Vertrages, namentlich in dem hier bezeichneten Punkte, wird Preußen sich keinesfalls herbeilaufen, seine Mitgliedschaft im Zollverein demnächst zu erneuern. — Wenn der "Moniteur" Preußen etwas am Zeuge flicken will, so läßt er sich angeblich aus München irgend eine Correspondenz fabrizieren. Wie diese Fabrikation betrieben wird, geht z. B. daraus hervor, daß Preußen getadelt wird, weil es beabsichtige, auf Eintritt der Bundestagsferien schon mit dem 15. d. Ms. hinzuwirken. Abgesehen davon, daß Deutschland schwerlich in besondere Trauer oder Noth gestürzt würde, wenn der Bundestag so zeitig seine wenig bedeutenswerthe Thätigkeit einstellte, ist überhaupt an dieser angeblichen Absicht Preußens auch nicht ein wahres Wort.

(Berlin, 2. Juli. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Im Laufe des heutigen Vormittags ließ sich der König zunächst von dem Geheimrath v. Winter den Polizeivortrag halten und arbeitete darauf mit dem Generaladjutanten v. Alvensleben und dem Major im großen Generalstabe v. Begebach; Mittags nahm der König auch den Vortrag des Hofrathes Borch entgegen und empfing alsdann mehrere höhere Militärs und andere Herren von Distinktion. Nachmittags war Tafel im Schloß Babelsberg, zu welcher einige beim 1. Garderegiment stehende Prinzen, so wie jüngst beförderte Militärs Einladungen erhalten hatten. Den Thee nahm der König mit der Prinzessin Friedrich Karl und der Fürstin von Liegnitz bei der Königin-Wittwe im Schloß Sanssouci ein. Morgen Vormittag kommt der König von Potsdam nach Berlin, um in seinem hiesigen Palais mit den Ministern zu arbeiten. Man legt dieser Konseilsitzung eine große Bedeutung bei, da sie einer lange schwelenden Frage endlich die Entscheidung bringen soll. Die Abreise des Königs ist noch immer auf Freitag angelegt. Sein Aufenthalt in Baden-Baden wird etwa 3—4 Wochen dauern und dann kehrt er vor der Reise ins Seebad von dort auf einige Tage nach Schloß Babelsberg zurück. Nach Baden folgen dem Könige außer den Adjutanten der Geheimrath Iliaire, der Generaladjutant v. Alvensleben und wie es heißt auch der Geheimrath Costenoble. Von den Ministern ist vorläufig keine Rede, wiewohl man auch wissen wollte, daß sich der Kriegsminister v. Roos auf der Reise nach Baden in der Begleitung des Königs befinden würde. Die Minister, matt und müde, wollen, wie schon gemeldet, meist alle Badereisen machen und werden, ist erst die Konseilsitzung vorüber, nicht lange mehr in Berlin sein. Zuerst dürfte der Staatsminister v. Auerswald seine Badereise nach Karlsbad antreten, denn seine Gesundheit ist sehr angegriffen und sein Arzt macht ihm eine baldige Abreise zur Pflicht. — Graf v. Redern, unser Gesandter in Brüssel, ist nach einem längeren Aufenthalt hier selbst heute Morgen nach Dresden abgereist und begibt sich von dort nach Brüssel zurück. Im Monat August wird er sich in Ostende aufhalten. — Der badische Gesandte am hiesigen Hofe, Marschall v. Bieberstein, der vor wenigen Tagen aus Karlsbad hierher zurückkehrte, hat sich bereits wieder verabschiedet und will morgen dem Ruf seines Großherzogs nach Karlsruhe folgen. Auch der bisherige amerikanische Gesandte, Wright, hat heute seine Abschiedsbesuch gemacht.

Der Generalfeldmarschall v. Wrangel hat, wie schon seit mehreren Jahren, wieder seinen Sommersitz in Steglitz genommen; er gefällt sich dort so außerordentlich, daß er zu einer Bade- oder Erholungsreise gar kein Bedürfnis fühlt. Steglitz gehörte bekanntlich dem verstorbenen Großkanzler v. Bismarck, der den zum Schloß gehörigen Park sehr verschönerte. Nach Bismarck's Tode kaufte der König Friedrich Wilhelm IV. von den Erben Steglitz und zugleich auch den literarischen Nachlaß des Verstorbenen. Bismarck arbeitete in Steglitz sehr anhaltend und schrieb, wie ich aus seinem Munde weiß, seine Erlebnisse nieder, die aber erst nach seinem Tode erscheinen sollten. Durch den Ankauf des Königs wanderten die Manuskripte ins Geheime Archiv. — In den hiesigen höheren Unterrichtsanstalten nehmen die Hundstage morgen ihren Anfang und dauern 4 Wochen. — Auf unserem Viehmarkt, der allwohentlich Montags und Freitags auf einem am Landsberger Thore gelegenen großen Grundstück abgehalten wird, wurden im abgelaufenen Jahre zum Verkauf gestellt: 49,000 Ochsen und Kühe, 152,000 Schweine, 58,000 Kälber und 262,000 Hammel. Mit der Kontrolle ist der Departementshierarzt Kniebusch beauftragt, so daß also frisches Vieh nicht zum Verkauf kommen kann. Da K. zugleich Mitglied des Thierschutzvereins ist, so achtet er zugleich darauf, daß keine Thierquälereien vorkommen. Am meisten zu dulden haben immer noch die Kälber, da sie auf dem Viehmarkt unter einem Schuppen haufenweise geknebelt liegen müssen. Alle Schritte, welche der Thierschutzverein dieshalb schon gethan hat, sind fruchtlos gewesen.

(Berlin, 3. Juli. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Heute Vormittag 10½ Uhr kam der König vom Schloß Babelsberg nach Berlin; während der Fahrt hatte er sich von dem Chef des Zivilkabinetts, Geheimrath Iliaire, Vortrag halten lassen. Vor der König sich ins Palais begab, fuhr er nach der Breitenstraße und besichtigte dort den Marstall. Die Konseilsitzung dauerte 2½ Stunden. Nach dem Schluß derselben nahm der König noch den Vortrag des Ministers v. Schleinitz entgegen und empfing darauf mehrere höhere Militärs, unter ihnen den Gouverneur von Königsberg, Generalleutnant v. Schöler, und die Oberstleutnants v. Hanstein und v. Granach. Derselben hatten auch die Ehre, zur königlichen Tafel gezogen zu werden. Wie ich hörte, wird der König noch einer Konseilsitzung präsidieren, bevor er die Reise nach Baden-Baden antritt. Die heutige Sitzung soll noch zu keiner Entscheidung geführt haben. Die Minister waren schon Nachmittags 6 Uhr wieder zu einer Konferenz im Hotel des Staatsministeriums versammelt und dauerte die Berathung einige Stunden. — Der König wünscht am Freitag abreisen zu können, weil er nach verschiedenen Seiten für diesen Tag seine Abreise in Aussicht gestellt und gemeldet hat. Die Adjutanten und die Dienerschaft halten auch für Freitag Abend Alles zur Abreise bereit. Der König hat in diesen Tagen viel und angestrengt gearbeitet und oft bis tief in die Nacht hinein in seinem Kabinett auf Schloß Babelsberg geschrieben. Aus Baden-Baden gehen dem Könige täglich Depeschen zu und auch aus London kommen solche.

Aus Petersburg wurde heute hier unser Gesandter v. Bismarck-Schönhausen erwartet; wie es heißt, hat er nur Urlaub genommen, um einige Zeit auf seinem Gute zu verweilen. Andere sehen in ihm schon den Erzähler des Ministers v. Schleinitz. Auch unser Gesandter in London, Graf Bernstorff, dürfte Ende der Woche hier eintreffen. Bekanntlich figurirte auch dessen Name auf der Kandidatenliste für den neuen Minister des Auswärtigen. Unser Gesandter am Hofe in Haag, Graf v. Königsmarck, will sich nach 40jähriger Dienstzeit ins Privatleben zurückziehen; sein Nachfolger ist noch nicht bekannt. — Der Kultusminister v. Bethmann-Holleweg hat der Universität zu Breslau die Zusage gemacht, daß er ihrer Jubelfeier beizwohnen werde. In seiner Begleitung werden sich die Professoren und Dozenten unserer Universität befinden. Die niederschlesisch-märkische Bahn wird zur Jubelfeier Extrazüge von hier nach Breslau abgehen lassen. — Heute Morgen ist Baron v. Budberg, Vertreter Russlands am hiesigen Hofe, aus der Schweiz, wo er mehrere Wochen bei seiner Familie zugebracht hat, hier zurückgekehrt, will aber schon in diesen Tagen nach Petersburg abreisen und vor seiner Rückkehr nach Berlin einige Zeit auf seinen Gütern verweilen. — Der schwedische Gesandte, v. Taerla, ist heute zur Kur nach Ems abgereist und auch die Generale v. Prittwitz und v. Moltke haben heute Badereisen angetreten; ersterer ist nach Kammstadt, letzterer nach Gastein gegangen. — Unsere Garde-Artillerie-Brigade hat jetzt täglich abtheilungsweise Prüfungsschießen auf dem Artillerieschießplatz bei Tegel. Diese Übungsschießen wohnen jetzt namentlich, wo sie mit scharfgeladenen Geschützen ausgeführt werden, viele hohe Offiziere bei. Heute Morgen fuhren der Prinz Albrecht (Sohn), der Prinz August von Württemberg, der Fürst W. Radziwill und andere fürstliche Personen nach dem Schießplatz.

(Eine Kontroverse in Preßangelegenheiten.) In jüngster Zeit ist eine für die Presse prinzipiell wichtige Entscheidung des höchsten Gerichtshofs erfolgt. Der Sachverhalt ist folgender: Ein hiesiger Zeitungsgegenstand hatte eine Mittheilung gemacht, von welcher der betreffende Verwaltungschef annahmen zu müssen glaubte, daß sie eben nur durch den Bruch der Amtsverschwiegenheit Seitens eines ihm untergehenen Beamten in die Öffentlichkeit gelangt sein könne. Zunächst wurde also die Zeitungsredaktion, welcher die Mittheilung zugegangen war, um Nennung des Korrespondenten angegangen, die denn auch mit ausdrücklicher Zustimmung des Letzteren um so mehr erfolgen mußte, als das Obertribunal bereits durch ein 1854 in Sachen wider Ekerling ergangenes Erkenntnis und neuerdings erst wieder durch Beschluß vom 16. November 1860 die Redakteure für verbünden erachtet hat, der Gerichtsbehörde auf Erfordern die Korrespondenten zu nennen. Der Korrespondent wurde dann auch vor den Untersuchungsrichter geladen, um dort den zu nennen, von dem er die Notiz zu seiner Korrespondenz empfangen. Der also Benommene verweigerte zunächst jede Auslassung, weil er, wie er sagte, als Zeuge geladen worden, und man von ihm eine Denunziation unter Eidspflicht verlangte, es sich hier auch um gar kein Verbrechen, sondern nur um ein Disziplinarvergehen handle, der Sinn und Geist unserer Gesetze im vorliegenden Falle auch eine Verweigerung der Aussage rechtfertige. Der vernehmende Untersuchungsrichter trat dieser Ausführung nicht nur bei, sondern begründete diese Weigerung mit schlagenden juristischen Gründen und verlangte einen Kollegialbeschluß. Dieser erfolgte nun zwar nicht, wohl aber ein Beschluß der Rathskammer des Stadtgerichts, Inhalts dessen das Zeugnis des Korrespondenten zwangsläufig zu erzielen sei, dergestalt, daß zuerst mit Geldstrafen (von 50 Thalern beginnend), dann mit Gefängnis gegen den widerleglichen Zeugen vorgegangen werden sollte. Gegen diese Entscheidung legte der Betroffene durch den Rechtsanwalt des Obertribunals, Justizrat

Inserate  
(1¼ Sgr. für die fünfgespannte Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Volkmar, Beschwerde beim Kammergerichte ein. Es wurde dort auch geltend gemacht, daß schon die Kriminalordnung (§. 313. Nr. 3.) einen Zeugen von der Aussage befreite, wenn dieser in seinem Gewerbe dadurch Schaden erlitte, und das Gericht nur gegen eine bestimmte Person vorgehen könne. Das Kammergericht verwarf die Beschwerde als unbegründet und bemerkte dabei: „Will man auch die Beschäftigung eines Zeitungskorrespondenten als ein Gewerbe ansehen, so darf doch nicht die Begünstigung von Dienstvergehen durch das Verschweigen derselben, welche ein solches sich haben zu Schulden kommen lassen, als eine notwendige Bedingung für den Betrieb dieses Gewerbes, so daß das Gewerbe ohne solche Begünstigung beeinträchtigt oder unmöglich gemacht würde, angesehen werden, es hat selbst das Obertribunal schon in vielen Fällen auch Zeitungskorrespondenten eine Zeugnisverweigerung aus einem dem §. 313 Nr. 3 entnommenen Grunde der Gewerbebeschafftheit nicht als gerechtfertigt zugestanden.“ Gegen diesen Bescheid ward die Beschwerde bei der letzten Instanz, dem Obertribunal, erhoben, aber auch hier für unbegründet erachtet und zurückgewiesen. Der Instanzenzug war damit erschöpft, und da das Obertribunal in einem analogen Falle vor zehn Jahren die Zeugnisverweigerung zugelassen hatte, so soll jetzt, wie man der „R. Z.“ schreibt, der Versuch gemacht werden, im legislativen Wege die Prinzipienfrage zu ordnen; hatte doch noch im November v. J. ein Kreis- und ein Appellationsgericht in einem ganz gleichen Falle zu Gunsten des Korrespondenten entschieden, das Obertribunal diese Entscheidung aber zu dessen Ungunsten abgeändert. Die Sache ist also jedenfalls kontrovers und kann nur durch die Gesetzgebung endgültig gelöst werden.

[Hannovers Sonderbestrebungen in der Küstenforschung.] Man schreibt der „Magdeb. Ztg.“ unter dem 1. Juli von hier: Die hannoversche Regierung setzt mit kaum glaublicher Starrheit ihren Widerspruch gegen die preußischen Küstenbefestigungspläne fort; sie beharrt sich dabei hoch patriotisch, indem sie geltend macht, der deutsche Küstenforschung sei eine rein deutsche Angelegenheit, und weil er nicht am Baltischen Binnenmeer, sondern in der Nordsee wärze, Preußen aber durch seine Anlagen am Jadebusen noch lange kein Recht habe, sich als Vorort der Nordseestaaten zu benehmen, so sei Hannover durch seine Lage den an Territorialbestand größten deutschen Staaten in dieser deutschen Frage wenigstens ebenbürtig und es müsse sich deshalb Recht und Pflicht — zur Initiative? nein, zu einer selbständigen Stimme wahren. Mit dieser selbständigen Stimme gewinnt es sich dann Ostreich und die Mittelstaaten des Binnenlandes zu Genossen, um mit ihnen vereint die preußischen Pläne zu verteilen. Es hat freilich auch Grund genug, letzterem zu grollen; die Vermessungen der deutschen Nordsee nämlich, wie sie in den ausgezeichneten Karten der preußischen Admiralität niedergelegt sind, ergeben auf das Allerenschlagendste, daß kaum ein einziger Fleck der Küste, so weit sie hannoversch ist, Rhede und Hasengrund für Kriegsschiffe bietet, daß dagegen Oldenburg, bei Blexen an der Wesermündung, die Hamburger bei Kuxhaven an der Mündung der Elbe und Preußen an der Jade die einzigen dafür geeigneten Punkte in Besitz halten.

Wie sehr der Dollart, die Emshäfen, der vordem so schöne Untergrund an der Knock verkommen, seitdem Ostfriesland für englisches Geld an Hannover verkauft worden, wie ferner die eigene Regierung den Emdeern zu drohen wagte, durch Verhinderung ihrer Schleusenanlage den Zustand des Fahrwassers noch ärger zu verderben, das weiß alle Welt. Und wie an der Em, so schadet das Verfahren nicht minder in der Weser geradezu dem eigenen Interesse. Trotz aller dringenden Vorstellungen und unerachtet der unermüdlichsten und kostspieligsten Anstrengungen Bremens, zur Regulirung und Reinigung des Fluhbett beizutragen, läßt Hannover absichtlich unterhalb Begeißack die Verlandung des Stromes anwachsen, ohne auch nur einen Finger zu rühren. Der Fluß, der gerade Hannovers Hauptstrom und vornehmster Stützpunkt für seine vermeintlichen maritimen Vorrechte sein sollte, gerät durch seine unerhörte Schuld in einen täglich unerträglichen Zustand. Und trotz aller dem, denn darauf ist es bei allem Widerstreben gegen Preußen abgehen, verlangt dies Hannover die Führung an der Nordsee für sich, Hannover, das von der Weser nur neun eigene Kaufleute gegen 235 Bremer und Oldenburger aussendet, ja dasselbe Hannover, dessen Überleitung zu Lande bei den übrigen Gliedern des zehnten Armeekorps bei den Manövern im Herbst vor zwei Jahren wahrlich nicht Beifall gefunden oder irgend welche technische oder strategische Überlegenheit gezeigt hat. Aber gerade deshalb will der Staat des Grafen Borries seine Küstenbatterien ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Nachbarn errichten und hat sogar von einer eigenen Flotten-Abteilung unter hannoverscher Flagge und in hannoverscher Uniform verlaufen lassen! Bezahlten soll natürlich der deutsche Bund; der soll sogar eine eigene Küstenbrigade unter hannoverschem Befehl aufstellen. Wann wird nun das alles anders? Die „Preuß. Ztg.“ rekapitulirt auch gestern wieder die Reformbestrebungen Preußens und findet, daß „wenig oder nichts“ erzielt ist; „wir sehen nur, daß die Leistungen Preußens sich vergrößert haben, aber wir bemerken nicht, daß denselben entsprechende Leistungen und, fügen wir hinzu, entsprechende Einstellungen aller Genossen am Bunde zur Seite ständen. Wir vermuten, damit ist Hannover zu allermeist gemeint worden, und schließen uns der Forderung der „Preuß. Jahrbücher“ vollständig an, welche nur in der größten Energie gegen Hannover eine Rettung sehe.“ Und ehe nicht die Indignation von ganz Deutschland unwiderstehlich losbricht und Not und Gefahr so eminent werden, daß das System, welches längst in einem Borries kulminirt zu haben scheint, unhaltbar geworden ist, eher rechnen wir nicht auf eine Besserung in diesen bis jetzt mit Erfolg heillos erhaltenen Zuständen.“

[Zur Geschichte der schleswig-holsteinischen Frage.] Eine in den jüngsten Tagen in London erschienene Denkschrift über den dänischen Maivertrag von 1852 häuft neue Beschuldigungen auf das Haupt des ehemaligen Ministerpräsidenten v. Manteuffel. Die Denkschrift enthält nämlich einen Auszug aus dem, so viel wir wissen, noch nicht veröffentlichten Memoire des Herrn v. Wedom vom 4. Februar 1851, in welchem dieser den König Friedrich Wilhelm IV. beschwört, das Londoner Protokoll von 1850 nicht unterzeichnet zu lassen. Es heißt darin: „Kein menschlicher Verstand hat bis jetzt den kleinsten Vortheil auffinden können, der Preußen aus solcher Maßregel erwachsen könnte.“ Durch die dauernde Vereinigung Dänemarks und der Herzogthümer würde Preußen sich die Herzogthümer auf immer entzrei-

den und zu Feinden machen, Preußen würde sich zuletzt, wenn der feindliche Einfluß im Norden wachse, auf seinen eigenen Grund und Boden nicht mehr röhren können; gewiß würde der König nicht für eine dauernde Union Englands und Hannovers gewirkt haben, oder würde er etwa für eine Intervention in den baskischen Provinzen gewesen sein, weil diese ihre Fueros und die männliche Erbfolge vertheidigt hätten? Gerade so vertheidigten die Herzogthümer ihre Fueros und ihre Erbfolge. Bereube man aber die Erbberechtigten ihres Erbrechts, so stelle man an Stelle des erblichen Prinzips das Prinzip der baaren Willkür. Zahllose Prätendenten würden auftreten und die Saat zahlloser Inurrektionen, dieses Mal im Interesse der Legitimität, würde ausgestreut werden. Gabe der Könige zu, daß das Londoner Protokoll unterzeichnet werde, so müßte er zuletzt Grundsätze vertreten, die gegen sein eigenes Interesse wären. Das Prinzip der „Integrität“ Dänemarks existiere nicht und sei bloß künstlich geschaffen. Das Recht Dänemarks auf Anerkennung dieser Integrität habe kein anderes Fundament als sein eigenes Begehren. Dieses Memoire hatte keinen Erfolg, denn bereits hatte Manteuffel in Olmütz Preußens Ehre, Deutschland, Dänemark, Schleswig-Holstein und Kurhessen dem damals in Russlands Händen befindlichen Ostreich zu führen gelegt.

— [Großer Kommt.] Prof. Heis schreibt der „R. Z.“ aus Münster vom 1. Juli, Abends 12 Uhr, Folgendes: „Nachdem seit acht Tagen der Himmel fortwährend mit Wolken bedeckt gewesen war, klärte sich derselbe heute Abends gegen 10 Uhr für eine kurze Zeit gegen Norden auf. Plötzlich entfaltete sich zwischen den zertheilten Wolken mehr und mehr ein prachtvoller Komet, mit einem Kerne, der an Größe und Helligkeit Venus übertraf, und mit einem Schweife, der an Länge dem des prachtvollen Donat'schen Kometen von 1858 bei seiner größten Ausdehnung gleich kam. Der Ort des Kometen war im Sternbild des Luchses, nahe an der Grenze dieses Sternbildes und des benachbarten, des großen Bären, rechts vom Kopfe des letzteren (nahe bei 114° Rektaszension und 56° nördlicher Deklination). Der Schweif reichte, so weit sich bei der dünnen Luft erkennen ließ, bis über β und γ des kleinen Bären hinaus. Die Richtung desselben war der der Sonne entgegengesetzt; jedoch schien er sich um ein Weniges zu krümmen, so daß die konkavse Seite dem großen Bären zugewandt war. Genaue Beobachtungen anzustellen und den Lauf des Kometen zu verfolgen, gestattete der nach und nach sich überziehende Himmel nicht. Der Umstand, daß die konvexe Seite des Kometen dem großen Bären zugewandt war, spricht dafür, daß der Himmelskörper sich demselben zugewendet. In den nächsten Tagen hat man nur seinen Blick dem nördlichen Himmel zuwenden, um auf der Stelle jenen fremden Gast, der uns so plötzlich überraschte, gewahr zu werden. Gleich dem großen Kometen von 1811 wird er die ganze Nacht hindurch am Himmel sichtbar sein. Ich zweifle nicht daran, daß der Komet an anderen Orten, wo der Himmel günstig war, bereits seit einiger Zeit gesehen worden ist. Der große Komet von 1843 überraschte uns in ähnlicher Weise wie der gegenwärtig sichtbare.“ (Wir haben schon in Nr. 150 erwähnt, daß der Komet auch hier bereits gesehen worden ist. Er steht jetzt im Sternbild des großen Bären. D. Red.)

Breslau, 2. Juli. [Das Universitäts-Zubiläum betreffend.] In der heute bei Pietsch zum Zwecke der Entscheidung über die eingegangenen Beiträge stattgefundenen Studentenversammlung eröffnete stud. Dräslér, daß ihm von Sr. Magnizenz, dem Rektor Prof. Branzik Namens des Senates der Auftrag geworden sei, der heutigen Versammlung zu erklären, daß der Senat das Geschehene als nicht geschehen betrachte und dieselbe zu erfüllen, ein neues Festkomité, das das alte sein könne, zu wählen. Statt der Aula Leopoldina sei die Schießwerderhalle zum Aktus bestimmt, und zum Festessen würden fünfzig Studirende, von der Studentenschaft selbst gewählt, zugezogen werden. Diese Gründungen riefen allgemeinen Jubel hervor; sofort wurde zur Wahl des Festkomités geschritten, und mit großer Majorität einer Minorität gegenüber, die sich nur für Wahl von Vertretern der Fakultäten entschied und Verbindungsvertreter nicht zulassen wollte, daß frühere Komité beibehalten. Ferner wurde eine Zustimmungssadresse an den Senat, so wie an die Stadtverordnetenversammlung, die morgen über das Jubiläum beschließt, um sie von der erfolgten Einigung in Kenntniß zu setzen, votirt und das Komité mit Ausführung des Beschlusses beauftragt. Hieran knüppte sich die Fortsetzung der Berathung über die Propositionen des Komités, die Feierfeier betreffend. Es wurde der vorgeschlagene Maskenzug beschlossen. Von jedem der Studirenden wird zur Deckung der Kosten ein fernerer Beitrag von 25 Sgr. erhoben werden. (Br. Z.)

Danzig, 2. Juli. [Marine.] Mit dem Eintreffen des Wirklichen Admiraltätsrates Elbersbagen ist gleichzeitig die Ausführung der Arrangements bezüglich des Baues zweier Dampfskorvetten zu 17 Kanonen auf der königlichen Werft im Werke, da die Unterhandlungen mit Privatbaumeistern nicht zum Ziele geführt haben. Zu diesem Zweck soll die Helling, auf welcher die Korvette „Danzig“ erbaut wurde, reparirt und neben derselben noch eine neue angelegt werden, welche Arbeiten bis zum Schlus des Jahres vollendet werden sollen. (D. D.)

Halle, 2. Juli. [Ehrendoktorat.] Von Seiten der philosophischen Fakultät hiesiger Universität ist dem Universitäts-Musikdirektor Robert Franz in Anerkennung seiner Leistungen als Komponist und seiner Verdienste um die Pflege der geistlichen und besonders der Bach'schen Musik das Ehrendiplom eines Doktors der Philosophie und Magisters der freien Künste verliehen und vor einigen Tagen überreicht worden.

Minden, 1. Juli. [Prozeß gegen den Fiskus.] In der letzten Stadtverordnetensitzung ist der Beschuß gefaßt worden, auf Grund des Plenarbeschlusses des königlichen Obertribunals vom 8. April d. J. die Staatsregierung zu ersuchen, der Stadt Minden die während der königlichen Polizeiverwaltung in der Stadt Minden vom August 1851 bis April 1859 gezahlten Gehalte der Polizeibeamten im Betrage von 18,588 Thlr. 20 Sgr. 2 Pf. aus der Staatskasse zu erstatten. Zugleich ist beschlossen, zur Unterbrechung einer event. Verjährung sofort die Klage beim königlichen Kreisgerichte hier selbst anzumelden.

Ostreich. Wien, 2. Juli. [Stimmung in Ungarn.] Der „Pesti Hirnö“ ruft seinen Landsleuten entgegen, daß sie sich keiner Illusion hingeben mögen; die „faktische Gewalt“ werde Leute genug finden, die jeden Zwang der Administration übernehmen. Und bei dieser Gelegenheit macht das magyarische Organ

unfreiwillig das Geständniß, daß man in jeder größeren Gemeinde Ungarns nicht nur Einzelne, sondern ganze Kötterien findet, deren Glieder die gegenwärtige Bewegung falt läßt, die sogar wegen Beeinträchtigung ihrer materiellen Interessen die feindlichste Gesinnung gegen dieselbe hegen, und in der seligen Hoffnung des Provisoriums die Aemter bereits unter sich vertheilen. Die Nation habe nichts mit jenen Unglücksvögeln gemein, welche bei jedem Wechsel des freien Systems das versinkende Schiff begleiten und kaum den Augenblick erwarten können, sich auf die Beute zu stürzen. Es wäre unnütze Täuschung, zu glauben, daß während des zwölften Drucks Ungarn sich durchgeistigt habe und das Vaterland vaterländischer geworden sei. Das etwaige Provisorium werde Bundesgenossen und Freiküten finden. Mit Wehmuth, aber mit Bitterkeit legt das magyarische Blatt dieses Geständniß ab, das nur zu wohl begründet; wenn die Regierung Kraft entwickelt und zur Gewalt schreiten wollte, dann ständen ihr Hunderte, ja Tausende in Ungarn zu Gebote, die der jüngsten Bewegung knirschend folgten; es sind nicht bloß materielle Interessen verlegt, sondern die Personen und Familien seien sich durch Intoleranz beleidigt und gefährdet. Die deutsche Regierung ist in dieser Richtung besser instruiert, als die magyarische, an welche sich die Landsleute mit ihren Beschwerden nicht mehr wenden wollten. Was das Provisorium betrifft, so ist allerdings davon die Rede, indem man das Land nicht ohne oberste Behörde lassen kann; der Landtag erkennt keinen König und keine Regierung an, die Komitate und Munizipien erkennen die Statthalterei und Hofkanzlei nicht an, die Jurisdiktionen erkennen die österreichischen und ungarischen Geleze nicht an, sondern überlassen das Urtheil dem Gutdunken des Richters, die Ortsbehörden leisten keine Assisen; es bleibt demnach nichts übrig, als provisorische Gewalten zu etablieren, welche die Anarchie mäßigen. (R. Z.)

— [Das ungarische Nationaltheater.] Zu Pest beschäftigt sich jetzt der Landtag nach den glorreichen Adressverhandlungen mit den Angelegenheiten des ungarischen Nationaltheaters. Es erhebt daraus, daß dieses sonst so hochgeehrte Institut im gänzlichen Verfaßt ist. Man schreibt diesen Zustand dem „zwölften Druck“ und dem Umstände zu, daß der Direktor dieses Theaters ein „geschwätziger“, das heißt von der österreichischen Regierung ernannter ist. Und doch ist dieser Direktor ein ungarischer Magnat von reinstem Wasser und einer der heftigsten Gegner der Regierung! Bei dieser Gelegenheit ist zu bemerken, daß Pest und Oden fünf Theater haben, wovon in vier in deutscher und in einem in ungarischer Sprache gespielt wird, und dennoch kann sich das eine ungarische, trotz großer Subvention, kaum erhalten. Dessen ungeachtet erklären die jüngsten ungarischen Machthaber Pest für eine magyarische Stadt, schaffen in den Schulen den deutschen Unterricht ab und ersetzen ihn durch einen magyarischen. Und das nennen sie Gleichberechtigung!

Frankfurt, 2. Juli. [Deutsche Reformbestrebungen.] Der „Südd. Ztg.“ wird von hier geschrieben: Es ist bekannt, daß sich das hörmliche Schick der wichtigsten deutschen Reformbestrebungen, an unterordneten Formfragen zu schließen, auch in der Angelegenheit der gemeinsamen deutschen Gesetzgebung zu wiederholen droht. Nachdem man sich darüber verständigt zu haben schien, daß zunächst die deutsche Prozeßgesetzgebung in Angriff zu nehmen sei, wurde die Hoffnung, Preußen und Ostreich mit gemeinsamer Initiative für die Realisierung dieser wichtigen Aufgabe vorgehen zu sehen, durch das Zerwürfnis beider Kabinette über die Frage getrübt, ob das Werk durch die Vermittelung des Bundesstages, oder auf dem Wege freier Vereinbarung zwischen den einzelnen Regierungen zu betreiben sei. Beide der beiden Großmächte begannen für ihre Form zu werben, und als der Ausschuß des Zusammentages in Berlin versammelt war, lag die Sache bedenklich genug, um eine ungarische, trotz großer Subvention, kaum erhalten. Zuerst ließ der Ausschuß ein derartiges Ansuchen besonders an die badische Regierung ergehen. Die badische Regierung, zugleich von preußischer Seite zur Kundgebung ihrer Ansichten aufgefordert, hat dem doppelten Wunsche in einer Depeche an ihren Geschaftsträger in Berlin folge gegeben, worin sie sich eingehend über die wichtige Angelegenheit äußert. Zuerst giebt sie ihr lebhaftes Bedauern zu erkennen, daß an einem Zerwürfnis von so unerheblicher und untergeordneter Bedeutung eine Sache zu weiteren Gefahr laufe, „die nicht nur ein Wunsch sämlicher deutschen Regierungen, sondern auch des ganzen deutschen Volkes sei und in der That großen Segen für die Rechtspflege und den Rechtsverkehr in Deutschland verheiße“. Die großherzogl. Regierung kann keinen Wert darauf legen, ob das Werk der deutschen Prozeßgesetzgebung durch den Bundesstag oder durch freie Vereinbarung zu Stande komme, „indem beide Wege völlig denselben Charakter haben und zu der legislativen Gewalt der einzelnen deutschen Staaten völlig in dem gleichen Verhältnisse stehen, so daß die deutsche Nation es nicht begreifen und es allen deutschen Regierungen schwer zur Last legen würde, wenn über diesem Streit die so sehr erwünschte Bestrebung aufgegeben werden müßte.“ Weil nur die großherzogl. Regierung kein Interesse habe, den einen oder den andern Weg vorzuziehen, wohl aber ein sehr wesentliches Interesse, das Zustandekommen der Sache nach allen Kräften zu verfolgen, so erklärt sie sich bereit, den einen wie den andern Weg zu betreten, sofern sich auf demselben alle deutschen Regierungen zu dem gleichen Zwecke vereinigen; das hauptsächlichste Gewicht müsse sie darauf legen, daß der legislativen Gewalt und dem konstitutionellen Prinzip der einzelnen deutschen Staaten kein Eintrag geschehe. Ihr. v. Roggenbach spricht sich dann über diesen letzten Punkt folgendermaßen aus: „In der letzteren Beziehung müsse die großherzogl. Regierung insbesondere bemerken, daß bei dem einen wie bei dem anderen Wege der Mangel einer Institution zur Aufrechterhaltung des konstitutionellen Systems sehr empfindlich vermiedt werde. Wenn auch selbstverständlich sei, daß den Ständen der einzelnen deutschen Staaten das Recht gewahrt bleibe, die verankarten Entwürfe anzunehmen oder abzulehnen, so sei diese Zustimmung, weil sie ohne Detialberathung in bloß gegeben müsse, doch keine völlig freie und unbeingte, sondern sie werde durch einen moralischen Druck, der in dem Wunsche nach Gemeinschaft der Gesetze und in der Unmöglichkeit, sie auf anderem Wege zu erreichen, liege, hervorgerufen, und es gehe dabei das richtige Moment der Berathungen, Bemerkungen und Abänderungsvorschläge der deutschen Stände gänzlich verloren, ohne durch irgend eine andere Einrichtung erzeigt zu werden. Von diesem Gesichtspunkte sei die großherzogliche Regierung auch bei der fürzlich in der Bundesversammlung erfolgten Abstimmung über den Entwurf eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs ausgegangen. Es sei zu befürchten, daß den Ständen bei Wiederholung des bei diesem Anlaß beobachteten Verfahrens das Bedenken auftrete, ob nicht die Wahrung des konstitutionellen Prinzips gegen solche Bechränkungen und Scheinbedrohung höher zu achten sei, als der Zweck und die Wohlthat gemeinschaftlicher Gesetze, und durch solche Bedenken könnten Hindernisse sehr ernster Art in den Weg gelegt werden. Das aber führe von selbst die Notwendigkeit herbei, auf Realisierung einer Institution Bedacht zu nehmen, welche die gleichzeitige und gemeinsame Mitwirkung der deutschen Nation zu einem allen Volksstämme gemeinsamen Werk ermögliche, und nicht nur die Zustimmung einzelner Kammern, sondern auch die Berathung der Abgeordneten aller deutschen Staaten in sich enthält, indem durch eine solche Einrichtung allein der gemeinschaftliche Zweck in exprißlicher Weise erreicht und unter dieser Voraussetzung die legislative Gewalt der einzelnen Staaten einer Beschryfung unterworfen werden könne. Die großherzogliche Regierung begnüge sich vorerst mit dieser Hinweisung auf ein vorbandenes dringendes Bedürfnis und behalte sich vor, bei einer ihr geeigneten Berathung, wo eine als notwendig erkannte gemeinsame Maßregel bedroht sei, durch den Mangel einer berechtigten Institution nicht realisiert werden zu können, die Frage in Anregung zu bringen, ob es nicht an der Zeit sei, mit Begründung eines solchen Organs gemeinsamer gesetzgeberischer Thätigkeit vorzugehen.“ Wie begründet die badischen Bedenken gegen den beim Handelsgesetzbuche beliebten Modus sind, braucht nicht hervorgehoben zu werden in einem Augenblitc, wo, vom Heidelberg Handelstage zu schweigen, die Ver-

hungen der Hamburger Bürgerschaft bedermann klar machen, wie große Mängel jenes Gesetzbuch an sich trägt, und wo die Verwahrung des Kommissionen des preußischen Abgeordnetenhauses die Unmöglichkeit zeigt, auf diesem Wege der tatsächlichen Annulierung ständischer Besitzungen fortzufahren. „Der preußische Landtag am wenigsten“, sagt schließlich die „Süd.“ 3<sup>te</sup>, und es ist ihr darin vollständig beizutun, „dürfte geneigt sein, sich in dieser Weise von der Mitwirkung an den wichtigsten Gesetzgebungsverfahren auszuschließen zu lassen, und es sollte deshalb keine eile Erwartung sein, daß die preußische Regierung die Neuherierung Badens am besten zu würdigen und zu verwerthen wissen wird.“

**Sächs. Herzogth.** Gotha, 1. Juli. [Die Militärkonvention.] Der gemeinschaftliche Landtag hat heute mit 16 gegen 5 Stimmen die der Haupt-Militärkonvention angefügte Nebenkongvention angenommen, wonach vom 1. Juli d. J. an das Offizierkorps unseres Kontingents in die preußische Armee übertritt und zwar so, daß jeder Offizier mit seinem Grade einrangiert wird. Die von unserem Lande für die Versorgung des Offizierkorps zu zahlende Averstionalsumme ist für den Frieden auf 18,312 Thlr. jährlich, für den Fall einer Mobilmachung auf 1843 Thlr. einmalig, und für die Dauer der Mobilmachung auf jährlich 8992 Thlr. festgesetzt. Die Konvention wegen Übernahme des ganzen Kontingents wird später zur Berathung kommen. — Der gemeinschaftliche Landtag ist nach Fassung jenes Beschlusses auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

### Großbritannien und Irland.

London, 1. Juli. [Schreiben des Kronprinzen von Preußen an die Ausstellungskommission.] Se. f. h. der Kronprinz von Preußen hat an den Earl Grandville als Vorsitzenden der königlichen Kommission für die internationale Ausstellung des Jahres 1862 folgendes Schreiben gerichtet: Berlin, 18. Juni 1861. Mylord! Ich habe die Ehre, Ew. Herrlichkeit davon in Kenntniß zu sezen, daß ich die Direktion einer Kommission übernommen habe, welche ernannt worden ist, um die Interessen preußischer Fabrikanten auf der im Frühling des nächsten Jahres in London zu haltenden allgemeinen Kunst- und Industrieausstellung zu vertreten und in Korrespondenz mit den Kommissaren Ihrer Majestät der Königin zu treten. Der Gedanke, den Nationen eine neue Gelegenheit zu bieten, ihren industriellen Fortschritt zu zeigen, erscheint mir als sehr glücklich und zeitgemäß, und ich glaube, es ist aller Grund zur Dankbarkeit gegen diejenigen vorhanden, welche ihn zuerst sahen und sich der Mühe unterzogen, ihn zu verwirklichen. Die neulich unter den europäischen Nationen vorgenommenen oder binnen Kurzem zu erwartenden für den Handel so wichtigen Tarifänderungen, deren Förderung Großbritannien und seinen ausgelärmten Staatsmännern zur größten Ehre gereicht, wird ohne Zweifel großen Einfluß auf den Austausch der Waren ausüben und wesentlich zur Ausdehnung des Handels beitragen. Unter diesen Umständen wird die Ausstellung den Charakter einer großen Messe annehmen, welche geeignet ist, neue Handelsbeziehungen zu schaffen und die bereits vorhandenen zu erweitern. Abgesehen von dem Vortheile der Belehrung daher, wird sie denen, welche sich an ihr betheiligen, bedeutende substantielle Vortheile gewähren und deshalb ohne Zweifel bedermann zur Theilnahme bereit finden. Ich erlaube mir, Ew. Herrlichkeit hiermit das erste von der preußischen Kommission an die Kommission für die Ausstellung gerichtete Dokument zu übersenden, und benuze diese Gelegenheit, dasselbe, so wie diejenigen, welche ihm folgen werden, Ihrer geneigten Berücksichtigung und Beachtung zu empfehlen. Mit ausgezeichnetner Hochachtung Friedrich Wilhelm, Kronprinz von Preußen.“

— [Das Feuer begann in Broadwood's, des Chefs der Londoner Löschanstalten, der vor 10 Tagen beim großen Brande sein Leben eingebüßt hatte, war das großartigste, das London seit der Bestattung des Herzogs von Wellington gesehen hat. Mehrere Freiwilligenkorps, sämmtliche Feuerbrigaden, Deputationen der verschiedenen Polizeidistrikte und Vereine, nebst anderen Läufen, hatten sich zusammengefunden, dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen. Der Trauerzug mitten durch die mit dichten Menschenmassen angefüllten Straßen der City hatte eine Länge von 3 englischen Meilen. Alle Läden waren geschlossen und Aller Häupter entblößt. Das Feuer, dem er zum Opfer fiel, ist auch heute noch nicht ganz bewältigt. Die große Brandstätte ist zum Theil noch immer in Dampf gehüllt, und da und dort schwelten ab und zu Flammenjäulen aus den Kellern auf.

### Frankreich.

Paris, 1. Juli. [Die Abtretung von Tetuan; Eventualität eines Krieges mit England.] Da es einem Zweifel unterliegt, daß ein Krieg gegen England eine beschlossene Sache und nur noch eine Frage der Zeit und der Umstände ist, so verdienst Aufmerksamkeit auch solche Nachrichten, die sonst von einem geringern Interesse sein würden. So das Telegramm aus Madrid, das spanische Kabinett habe beschlossen, Tetuan, das es jetzt als Pfand für die Geldforderungen an Marokko besitzt, als Eigentum zu betrachten und uneinnehmbar zu machen (s. gestr. 3<sup>te</sup>). Bestätigt sich dies, so muß man voraussehen, daß O'Donnell im Einverständnis mit dem Kabinett der Tuilerien handelt, dessen Vermittelungsversuche am Hofe von Marokko (ganz vor Kurzem) gescheitert sind, und dessen Absicht es vielleicht ist, sich für den Rückzug aus Syrien zu rächen; denn daß England gegen die definitive Besitzergreifung Tetuans protestieren würde, liegt auf der Hand. Mit Desstreit wußte Napoleon unter dem Vorwande, Piemont zu beschützen, anzubinden; es ist wenigstens nicht unmöglich, daß er zur Rechtfertigung und Beschönigung eines Krieges ist, als ob man in London Wind von einem Übereinkommen zwischen Paris und Madrid habe; denn das Organ des Lords Palmerston läßt in seinem Artikel über die jüngste Deklaration Cobbolds (über die Friedensliebe Louis Napoleons) die Bemerkung einschließen, die Erfahrung lehre, daß eine spanischen Flotte, so bald sie gehörig ausgerüstet sei, fast immer gemeinschaftliche Sache mit Frankreich gemacht habe. Es versteht sich übrigens von selber, daß wir uns hier auf dem Gebiete der Konstellation befinden; nur aber sind wir nicht allein, und wir können versichern, daß man in den diplomatischen Kreisen die Eventualität eines Krieges gegen England immer schärfer ins Auge sah und den seit einiger Zeit sehr lebhaft gewordenen Unterhandlungen zwischen Frankreich und Spanien eine große Aufmerksamkeit schenkt. Wenn von der Abtretung der Insel Sardinien die Rede ist, so ist das nicht so zu verstehen, als ob dieser Schachzug schon vollzogen werden solle; er ist in weitgreifenden Projekten eingebettet. Krieg gegen England und

Deutschland, Bund mit Italien und Spanien, und in der Vorausehung des Erfolgs Erwerbung der Rheinlinie, der Insel Sardinien und der Balearen, Zurückstaltung Gibraltars an Spanien, Vereinigung Malta's mit Italien: von allem diesem hört man in intimen Kreisen sprechen, wie von Ereignissen, welche gar nicht ausbleiben könnten. Soeben meldet der Telegraph, daß der Prinz Napoleon in Tetuan gewesen sei. (N. P. 3.)

— [Aus diplomatischen Kreisen.] Graf Arese und Ritter Artom wurden gestern auf dem Bahnhofe vom Grafen Gropello und vom gesamten Gesandtschaftspersonal empfangen. Sie stiegen im Hotel de Londres ab. Graf Arese begab sich noch gestern im Laufe des Tages zu Thouvenel, welcher die Ankunft des Grafen in Paris nach Fontainebleau meldete. Der Kaiser ließ seinen alten Freund sofort herzlich willkommen und lud ihn für heute nach Fontainebleau zu Tische. Heute Morgens hat Thouvenel dem Grafen einen Besuch abgestattet und sich längere Zeit mit ihm unterhalten. Auch die Grafen Gropello und Bincardi haben ihre Aufwartung gemacht. Graf Arese spricht sich sehr vertrauensvoll und mit großer Dankbarkeit für die vom Kaiser für Italien an den Tag gelegten Sympathien aus. Auch über Thouvenel äußert der italienische Gesandte sich mit großer Anerkennung. Talleyrand hat heute beim Grafen Arese gefrühstückt, und der neue Gesandte Frankreichs in Belgien legt nun viel italienischere Gesinnungen an den Tag, als während seines früheren Aufenthaltes in Italien. — Marquis Canofari und Ritter Neeli, ersterer der Vertreter Franz' II. von Neapel, letzterer der des ehemaligen Großherzogs von Toskana, haben es jetzt für zweckmäßig gefunden, die Aufschriften, wodurch sie ihre diplomatische Eigenschaft anzeigen, von ihren Häusern entfernen zu lassen. — Der Sekretär der römischen Nunziatur in Paris, Abbé Miglia, hatte gestern eine Audienz beim Kaiser. — Es befinden sich gegenwärtig Abgeordnete der separatischen Südstaaten der Union hier, um wegen der Errichtung einer direkten Paketbootlinie zwischen New Orleans und einem französischen Hafen zu unterhandeln. Bekanntlich ist der Brief- und Waarenverkehr mit den Südstaaten gefördert und zum Theil ganz unterbrochen. (R. 3.)

— [Die Depeschen über die Anerkennung des Königreichs Italien.] Die zwischen den Kabinetten von Paris und Turin über die von Seiten Frankreichs erfolgte Anerkennung des Königreichs Italien gewechselten Depeschen, die früher bereits in ausführlicher Analyse mitgetheilt worden sind, lauten der „Indépendance“ zufolge wörtlich:

Paris, 15. Juni. Mein Herr! Der König Victor Emanuel hat an den Kaiser ein Schreiben gerichtet, welches bezweckt, Se. Majestät um Anerkennung als König von Italien zu bitten (demander). Der Kaiser hat diese Mittheilung mit jenen Gefühlen des Wohlwollens aufgenommen, welche ihn für Italien befehlen, und Se. Majestät sind um so geneigter, ein neues Pfand (gage) derselben zu geben und dem Wunsche des Königs zu willfahren, als unsere Entwicklung unter den gegenwärtigen Umständen irrtümliche Vermuthungen hervorruft und als ein Anzeichen einer Politik betrachtet werden könnte, welche nicht diejenige der kaiserlichen Regierung ist. Aber wenn uns daran gelegen ist, in dieser Beziehung keine Zweifel über unsere Absichten obwalten zu lassen, so sind doch Nothwendigkeiten vorhanden, welche wir nicht aus den Augen verlieren dürfen, und wir müssen Sorge tragen, daß unsere Anerkennung nicht auf eine unrichtige Weise in Italien und in Europa gedeutet werde. Die Regierung Sr. Majestät hat zu keiner Zeit (en aucune circonstance) ihre Meinung über die Ereignisse verhehlt, die im verlorenen Jahre in der Halbinsel eingetreten sind. Die Anerkennung des Thatbestandes (état de choses), der daraus folgt, könnte somit keine Verbürgung derselben sein, ebensoviel, als sie die retrospектив Billigung (approbation) einer Politik in sich schließen (impliquer) könnte, in Bezug auf welche wir uns beständig unsere ganze Freiheit der Urtheilung vorbehalten hatten. Noch weniger würde Italien berechtigt sein, eine Ermuthigung zu Unternehmungen darin zu finden, welche den allgemeinen Frieden bloßzustellen geeignet wären. Unser Ansehen haben sich seit der Zusammenkunft von Warschau, wo wir Gelegenheit hatten, dieselben sowohl Europa wie dem Turiner Kabinett bekannt zu machen, nicht geändert. Indem wir damals erklärt, wir betrachten das Prinzip der Nichtmischung als eine Richtschnur für alle Mächte, fügten wir hinzu, daß ein Vorzeichen seitens der Italiener die Billigung der Regierung des Kaisers nicht erhalten würde, was auch immer daraus erfolgen möge. Wir begen auch jetzt noch dieselben Gefühle und wir weisen von vornherein jede Solidarität mit Plänken zurück, deren Gefahren und Folgen die italienische Regierung allein auf sich zu nehmen hätte. Auf der anderen Seite wird das Turiner Kabinett sich Rechenschaft von den Pflichten geben können, welche unsere Stellung zum heiligen Stuhle uns auferlegt, und ich erachte es für überflüssig, hinzuzufügen, daß, indem wir die amtlichen Beziehungen zur italienischen Regierung wieder anknüpfen, wir in keiner Weise die Absicht haben, den Werth der von der römischen Curie gegen den Einfall in mehrere Provinzen der päpstlichen Staaten erhobenen Verwahrungen schwächen zu wollen. Ebenso wenig, als wir, wird die Regierung des Königs Victor Emanuel das Gewicht der Erwägungen jeder Art bestreiten können, welche sich an die römische Frage knüpfen und welche nothwendiger Weise ungewöhlte Entschlüsse beherrschen, und sie wird begreifen, daß, indem wir den König von Italien anerkennen, wir fortfahren müssen, Rom befestigt zu halten, so lange nicht hinreichende Bürgschaften die Interessen wahren werden, welche uns dahin geführt haben. Die Regierung des Kaisers hat es für nothwendig erachtet, in einem Augenblieke, wie der gegenwärtige, dem Turiner Kabinete die offenen Erklärungen abzugeben, und wie begen das Vertrauen, es werde deren Charakter, wie deren Endzweck zu würdigen wissen. Lesen Sie diese Depesche gefällig dem Baron Riccioli vor und händigen ihm eine Abschrift derselben ein. Thouvenel.“

Auf diese an Herrn v. Rayneval gerichtete Depesche antwortete das Turiner Kabinet in einer Depesche an den Grafen Gropello, Geschäftsträger beim Tuilerienkabinet:

„Herr Graf! Der französische Geschäftsträger hat mir die Depesche mitgetheilt, von welcher Sie beiliegend eine Abschrift finden. In dieser Depesche erklärt Sr. Exzellenz der Minister der auswärtigen Angelegenheiten des Kaisers, daß Se. Kaiserl. Majestät bereit sei, uns ein neues Pfand seiner Gefüße des Wohlwollens zu geben, indem sie das Königreich Italien anerkennt. Er führt jedoch hinzu, daß dieser Alt vor Alem den Zweck habe, irrtümliche Vermuthungen vorzubringen, und daß derselbe keine retrospектив Billigung einer Politik in sich schließe, in Bezug auf welche die Regierung Sr. Kaiserl. Majestät sich beständig gänzliche Freiheit ihrer Urtheilung vorbehalten hat. Noch weniger wären wir nach dieser Depesche berechtigt, in der Anerkennung durch Frankreich eine Ermuthigung zu Unternehmungen zu erblicken, welche geeignet sein könnten, den allgemeinen Frieden zu gefährden. Indem Herr Thouvenel die zur Zeit der Warschauer Zusammenkunft abgegebenen Erklärungen der französischen Regierung in Erinnerung bringt, wiederholt er, daß er auch in Zukunft das Prinzip der Nichtintervention als Richtschnur für alle Mächte betrachte, aber er erklärt, daß das Tuilerienkabinet von vorn herein jede Verantwortlichkeit in Angriffsplänen von sich weise, deren Gefahren wir auf uns zu nehmen und deren Folgen wir zu tragen haben würden. Indem Herr Thouvenel hierauf die Stellung Frankreichs zum römischen Hofe entwickelt, erinnert er daran, daß gewichtige Rücksichten die kaiserliche Regierung nötigen, die Befreiung Roms so lange fordern zu lassen, bis hinreichende Bürgschaften die religiösen Interessen, welche zu beschützen dem Kaiser mit Recht am Herzen liegen, gewahrt haben werden, und er spricht das Vertrauen aus, die Regierung des Königs werde den Charakter und Endzweck dieser freimütligen Erklärungen zu würdigen wissen. Ehe ich Ihnen meine Ansicht über die in der Depesche des Herrn Thouvenel enthaltenen Betrachtungen bekannt mache, muß ich Sie bitten, Herr Graf, dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten meine lebhafte und tief gefühlte Dankbarkeit für den wertvollen (précieux) Beweis der Sympathie auszusprechen, welchen der Kaiser unserer nationalen Sache zu geben geneigt ist, indem er das Königreich Italien anerkennt. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen erhält dieser Alt einen ganz besonderen Werth, und die Italiener werden tief gerührt sein, wenn sie sehen, daß Se. Kaiserl. Majestät, obgleich dieselbe ihr Urteil über die Ereignisse, welche sich vergangenes Jahr auf der Halbinsel zugetragen haben, nicht geändert hat, geneigt ist, dem noch von einer großen Nationaltrauer gebeugten Italien einen so glänzenden Beweis ihres hohen und großmütigen Wohlwollens zu geben. Indem ich Sie bitte, das Organ dieser Gefühle bei der Regierung des Kaisers zu sein, folge ich bloß dem Beispiel des großen Bürgers, dessen Tod wir beweinen. Ich schäge, wie er, nach seinem ganzen Werthe den Freimuth, mit welchem die kaiserliche Regierung uns ihre Ansichten über die Ereignisse, die in Italien sich zutragen könnten, hat kundgeben wollen. Ich kann diesen Beweis von Vertrauen nicht besser erwidern, als indem ich mit gleicher Offenheit und ohne irgend welchen Rückhalt (réticence) meine ganze Meinung darlege. Durch das Vertrauen des Königs beauftragt, den Grafen Favore im Vorste des Ministerrates und bei der Leitung der auswärtigen Politik zu ersezten, habe ich mein Programm im Vorraus vorgezeichnet (tracé) gefunden durch die Abstimmungen, zu welchen die beiden Kammen des Parlaments in der jüngsten Zeit über die wichtigsten Fragen der Zukunft Italiens Gelegenheit gehabt haben. Nach langen und denkwürdigen Verhandlungen hat das Parlament, während es auf eine feierliche Weise das Recht der Nation, sich in ihrer vollständigen Einheit zu konstituiren, aussprach, gleichzeitig die Hoffnung ausgedrückt, daß die Fortschritte, welche Italiens Sache täglich im öffentlichen Bewußtsein macht, allmälig und ohne Erhütterungen die von den Italienern so lehnlich gewünschte Lösung herbeiführen werden. Dieses Vertrauen auf die Gerechtigkeit unserer Sache, auf die Weisheit der europäischen Regierungen, so wie auf die täglich mächtiger werdende Unterstützung der öffentlichen Meinung, welchem Graf Favore kurze Zeit vor seinem Tode mit so großer Verdienstmaß Ausdruck verliehen hatte, ist ganz auf die Verwaltung übergegangen, welcher vorzustehen ich die Ehre habe. Der König und seine Minister sind noch immer überzeugt, daß es uns durch Organisirung der Kräfte des Landes und dadurch, daß wir Europa das Beispiel eines weilen und regelmäßigen Vorgebens geben, gelingen werde, unsere Rechte zu wahren, ohne Italien unfruchtbaren Agitationen und Europa gefährlichen Verwicklungen auszusetzen. Sie können daher, Herr Graf, die Regierung des Kaisers vollständig über unsere Absichten bezüglich der auswärtigen Politik beruhigen. Nichtsdestoweniger nöthigen mich die Erklärungen des Herrn Thouvenel rücksichtlich der römischen Frage, einige Worte über dieselben Gegenstand hinzuzufügen. Sie wissen, Herr Graf, in welcher Weise die Regierung des Königs diese Frage betrachtet. Unser Wunsch geht dahin, Italien seine ruhmvolle Hauptstadt wiederzugeben, aber es ist unter Vorsatz, die Größe der Kirche und die Unabhängigkeit des erhabenen Hauptes des katholischen Glaubens in keiner Weise zu vertunzen. Wir geben uns daher gern der Hoffnung hin, der Kaiser werde in einiger Zeit seine Truppen aus Rom zurückverufen, ohne daß diese Maßregel den aufrichtigen Katholiken Beschränkungen einfaßt, welche wir mehr als jeder Andere bedauern würden. Sogar die Interessen Frankreichs, davon sind wir überzeugt, werden die französische Regierung bestimmen, diesen Entschluß zu fassen. Indem wir es der hohen Weisheit des Kaisers überlassen, den Augenblick zu bestimmen, in dem Rom ohne Gefahr sich selber überlassen werden könnte, werden wir es fortwährend als unsere Pflicht betrachten, diese Lösung zu erleichtern, und wir hoffen, die französische Regierung werde uns ihre guten Dienste (bons offices) nicht versagen, um die römische Kurie zu bewegen, daß sie ein Abkommen annehme, welches an glücklichen Folgen für die Zukunft der Religion sowohl, als für das Schicksal von Italien fruchtbar sein würde. Lesen Sie gefällig Sr. Exzellenz dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten diese Depesche vor und hinterlassen Sie ihm eine Abschrift davon. Genehmigen Sie u. s. w. Riccioli.“

Paris, 2. Juli. [Telgr.] Das heutige „Pays“ heißt mit, daß in Neapel Ruhestörungen entstanden seien, daß jedoch die Regierung die nöthigen Maßregeln zu deren Unterdrückung ergriffen habe. Die „Patrie“ sagt, der Umfang der Emeute sei noch nicht bekannt.

Bern, 30. Juni. [Tagesnachrichten.] Die „Neue Glarner Zeitung“ schreibt: „Im Hinblick auf die grobhartigen Liebesgaben, welche von allen Seiten dem niedergebrannten Glarus kommen, tritt die Thatsache erfreulich hervor, daß insbesondere aus Deutschland so viele und so reichliche Gaben zu uns fließen, wie dies bei Weitem nicht vorhergesehen werden konnte. Diese Erscheinung beweist uns, daß das Bewußtsein volklicher Stammesverwandtschaft dieses und jenseit des Rheins in den letzten Jahren tiefsere Wurzeln geschlagen hat, ohne Zweifel auch lebhaft unterstützt durch das Band des Verkehrs, das Deutschland und die Schweiz täglich enger verknüpft. — Die neue Brünigstraße wird seit dem 20. auf Obwaldner Seite befahren; Bern kommt mit seiner Seite am 1. Juli zu Ende. — Die schweizerische Wohlthätigkeitsgesellschaft in Rio Janeiro hat sich aufgelöst, weil die brasilianische Regierung alle Vereine, selbst solche mit so harmlosem Zweck, einer drückenden Überwachung unterwirft.“

Zürich, 30. Juni. [Explosion.] Am 26. d. M. Morgens um 11 Uhr wurde die Bevölkerung unserer Stadt durch einen scharfbaren Knall unruhig. Veranlassung dazu hatte das höchst unglückliche Ereigniß einer Explosion der Pulvermühle zu Altstetten gegeben. Sie kostete nun auch dem letzten, und zwar dem jüngsten Sohne des braven Pulvermüllers Diederichs, sowie einem im Werke arbeitenden Menschen das Leben. Im Jahre 1852 explodierte nämlich an dieser selben Stelle die alte Pulvermühle, wobei dem armen Vater seine zwei ältesten Söhne verloren gingen. Altstetten liegt etwa eine Stunde von hier entfernt auf dem linken Ufer der Limmat, an der Straße von Zürich nach Baden. Das an dem rechten Ufer der Limmat jenem gerade gegenüberliegende Städtchen Höngg ward diesmal von der Erschütterung so stark berührt, daß in der großen Stricker'schen Fabrik in Folge des Luftdrucks auch keine einzige Glasscheibe verschont blieb.

Genf, 30. Juni. [Sardinischer Konsul.] Dem „Bund“ wird von hier geschrieben: „Bis zum 25. d. konnte man an der Wohnung des sardinischen Konsuls in der rue Corraterie die Abzeichen des Königreichs Sardinien bemerken. Am 25. führte endlich derselbe abgenommen und durch den Wappenschild des neuen Königreichs Italien ersetzt. Er trägt die Umschrift: „Consolato di S. M. il Re d'Italia“ Man muß sich wundern, daß die Verlausfung der Abzeichen erst stattgefunden hat, nachdem der Kaiser Napoleon, welcher zum Entstehen des jungen Reiches allerdings das Meiste beigetragen, wofür er sich denn auch durch Sävoyen entschädigen ließ, Italien als ganzes Königreich anerkannt hatte, während doch bekanntlich die Eidgenossenschaft das Reich so gleich anerkannte, nachdem die Notifikation der italienischen Regierung eingetroffen war. Das Konsulat zeigt in den hiesigen Blättern an, daß es zu einem Monument für Favore eine Subskription eröffnet habe.“

Spanien.

Madrid, 28. Juni. [Vom Hofe.] Die „Epoca“ widerlegt das Gerücht, daß sich die Königin von Spanien im Laufe des August nach Paris begebe, und fügt hinzu, daß die Königin überhaupt, ohne den Cortes Mittheilung gemacht zu haben, Spanien nicht verlassen könne.

### Portugal.

Lissabon, 24. Juni. [Militärisches.] Die portugiesische Regierung verlangt von den Kammern 300 Millionen Reis (etwa 400,000 Thlr.) für Befestigungsarbeiten von Lissabon.

### Rußland und Polen.

Warschau, 1. Juli. [Zur Tageschronik.] Auch gegen das weibliche Geschlecht fängt man jetzt strenger zu verfahren an.

Ein Fräulein Wlasnicka aus Krakau machte sich durch polnische Tracht bemerkbar, und führte unter Anderem auch die demonstrative Niederlegung der Kränze auf das Grab der am 27. Februar Gefallenen am letzten Sonntag an. In Folge davon wurde Fräulein W. in diesen Tagen von zwei Gendarmen nach der östreichischen Grenzstation höflichst geleitet; ihre Mutter, Madame W. soll hier gefangen sitzen. — Dieser Tage zirkulierte eine hier gedruckte Proklamation im Namen der Einwohner Warshaw's an alle Bewohner Polens ohne Unterschied der Nationalitäten und der Bekennnisse, worin unter Anderem gesagt wird, die Zeit zur Ergreifung der Waffen sei noch nicht gekommen, vielmehr sei der Kampf bis jetzt immer noch auf rein geistigem Gebiete zu halten, worunter eine dann und wann geschickt ausgeführte Demonstration zu verstehen sei, eine möglichst weite Umgebung der Behörden durch gütliche Schlichtung schwedender Streitigkeiten und Prozesse, Enthalzung von allem Luxus und Verwendung des Überflusses auf patriotische Zwecke. Insbesondere wird die Nothwendigkeit, die Bauernverhältnisse gütig und für die Bauern günstig zu schließen, stark betont. Auch aus Paris soll eine Proklamation ähnlichen Inhalts angekommen sein, doch ist mir diese bis jetzt nicht zu Gesicht gekommen.

— [Schulwesen; Verlegung des Generalstabes; Eisenbahn; Konseratorium.] An den hiesigen Schulreformen wird fleißig gearbeitet, und sollen mehrere Beschränkungen in Betreff der Aufnahme der Schüler in die Gymnasien aufgehoben werden. Der Generaldirektor des Unterrichtswesens, Graf Wielopolski, selbst ein gelehrter Mann, kann nur für möglichst allgemeine Bildung sein, ohne dem bisherigen Kastenwesen Vorbehalt zu thun, welches an die Frequenz der Klassen den Eintritt in dieses oder jenes Amt, ohne Rücksicht auf die Tüchtigkeit band. Außerdem sollen auch mancherlei Erleichterungen zu diesem Zweck, besonders aber Vorschläge gemacht sein, welche den Besuch der Schulen nicht von noch einem besondern Nebeneinkommen abhängig machen, und allen derartigen Missbräuchen scharf entgegentreten. Auch das Landeswesen soll besondere Berücksichtigung finden, da ohne Vermehrung der Schulen und ohne Schulzwang bei den polnischen Bauern kaum auf mehr freiwilligen Schulbesuch als bisher zu rechnen ist, daher auch die Berechtigung zu den Wahlen, nach dem Gesetz vom 5. d., kaum ein Reizmittel für denselben abgeben dürfte, indem ihn diese Wahlen bei seiner äußerst geringen Bildung zum Schreiben- und Lesenlernen nicht antreiben werden. — Einer kaiserl. Entschließung gemäß, an deren Ausführung bereits gearbeitet wird, soll der gesammte Generalstab der aktiven Armee, mit allen dahin einschlagenden Armeeverwaltungszweigen und Büros, von hier nach Wilna verlegt werden. Es werden dadurch hier gegen 300 Wohnungen auf einmal leer und geht der Stadt eine jährliche Einnahme von 2 Mill. S. R. verloren, ohne die Umsätze durch die von der mit zu verlegenden Intendantur (Kommissionerstwo) bisher in Armeelieferungen gemachten großen Geldumsäge zu rechnen. Es soll dies die Folge der Gleichgültigkeit über die neuen Gesetze, so wie wegen der Fortdauer der Demonstrationen und Insultirung des Militärs sein. — Die Warschau-Bromberger Eisenbahn soll nach dem Verwaltungsbericht bereits zum 1. November d. J. v. Lowicz bis Kutno, die ganze Bahn bis Oktober 1862 in Betrieb gesetzt werden. Die Lokomotiven liefert die Borsig'sche Fabrik in Berlin, die Wagen die Anstalt von Pfugl dasselbst. — Das im vorigen Jahre unter A. v. Kontski's Leitung errichtete musikalische Konseratorium hielt vorgestern die erste Prüfung seiner Schüler, beider Geschlechter, ab, und zwar zur großen Zufriedenheit mit den Leistungen derselben, wenn man die Kürze des Bestehens dieser Anstalt (nur 5 Monate) in Anschlag bringt. (Br. 3.)

### Türkei.

Beyrut, 17. Juni. [Die Lage.] Nach Abzug der französischen Truppen geht es hier zum Bewundern gut. Man bemerkt einen Umschwung in der türkischen Politik. Die Furcht, daß Frankreich eine Separatintervention im Sinne hat, läßt die Türken vorsichtig sein und jede Veranlassung zur Unzufriedenheit vermeiden, und wie immer, ist auch diesmal die Stimmung der Regierung mit bewundernswürdiger Schnelligkeit bis in die untersten Volkschichten eingedrungen; es werden von den Mohamedanern die Wünsche der Regierung auf das Genaueste befolt. Nur den Drusen widerstrebt dieser Wechsel. In einzelnen Theilen des Gebirges z. B. Baruk, sind Unruhen ausgebrochen. Fuad Pascha begab sich jüngst dahin, um die Ordnung wieder herzustellen. Im Distrikte Muf haben die Gewaltthäufigkeiten der Drusen gegen die Christen wieder begonnen, indessen Omer Pascha, ein russischer Dilettant, nicht zu verwechseln mit Omer Pascha, dem ehemaligen Serdar von Bagdad, kommandiert die Truppen des Gebirges, beruhigt die Einwohner und sucht sie zu bewegen in ihre Dörfer zurückzukehren. Fuad Pascha zeigt sich den Christen günstiger. Er erklärte kürzlich öffentlich, daß er die im vorigen Jahre kompromittierten Drusenhefs zum Tode verurtheilt habe, aber die europäischen Mächte hätten die Vollstreckung des Urtheils nicht zugelassen. Im Widerspruch hiermit steht die Errichtung eines Denkmals auf dem Grabe Ahmed Pascha's in Damaskus, des Hauptleiters der Christenmehzelei des verflossenen Jahres, auf Kosten der Regierung. — Den Bürgern von Damaskus erklärt Fuad Pascha vor seiner Abreise, daß einige hundert unter ihnen des Todes schuldig seien, daß aber die Pforte Gnaden üben wolle, wenn sie eine Buße von 1,250,000 Piastern zahlen würden. Der Zugang der Christen des Gebirges nach den Küstenstädten läßt nach, einige wollen sogar zurückkehren. Viele Ortschaften sind freilich schon ganz verlassen. In Deir el Kamar sind nur noch einige Witwen zurückgeblieben, denen die Mittel fehlten, um Maulthiere zu mieten ihre Kinder zu transportieren. Sie wenden sich an Fuad Pascha mit der Bitte um Transportmittel, indem sie nicht da leben können, wo die Mörder ihrer Männer und Söhne mit erhobenem Haupte in den Straßen einhergehen, und sie jeden Augenblick ihren eigenen Tod befürchten müssen. Einigen Bürgern aus Djezin hat Fuad Pascha augenblicklich eine Entschädigung zahlen lassen für den ihnen durch Plünderei von den Drusen zugefügten Schaden. (N. 3.)

### Afien.

China. — [Der Kaiser von China und sein Hof.] Der französische „Armee-Moniteur“ veröffentlicht ein Privatschreiben aus Tien-Sing, welches interessante Details über die Zustände am Hofe des Kaisers von China enthält. Folgendes ist der Haupt-Inhalt dieses Schreibens: „Der Kaiser ist ungeachtet der Bitten

seines Bruders, des Prinzen Kong, noch nicht nach Peking zurückgekehrt, wo seine Anwesenheit im Interesse seiner Dynastie von großem Nutzen sein würde. Er befindet sich noch immer in Tschol, den Intrigen einer Höflingschaar überlassen, welche seit zehn Jahren seine Schwäche ausbeutet und ihn allmählig ins Unglück stürzt. Die einflussreichsten unter diesen Höflingen sind zwei junge Adelige: Prinz von Tebanu und sein Bruder, Prinz Son-Chouenn. Beide sind, wie der Kaiser, im Jahre 1831 geboren, wurden mit ihm aufgezogen und haben ihn niemals verlassen. Sie sind seine Gefährten bei allen Ausschweifungen. Ihr beklagenswerther Einfluß würde ihn unvermeidlich seinem Ruin entgegenführen, wenn nicht die Borsehung ihm als Retter eine Frau gesandt hätte, welche dazu bestimmt scheint, eine große und neue Rolle in China zu spielen. Diese Frau ist die Prinzessin Liao-Ko-Sing, welche kaum 18 Jahre alt ist, und welche durch ihre Schönheit, ihre Jugend und ihr Verdienst das Herz des Monarchen zu fesseln wußte. Sie sängt an, das Ansehen der Prinzen und Höflinge im Schach zu halten, welche seit dem Tode seines Vaters den unglücklichen Kaiser Hieng-Tsoung ausheben und ihn seinem Verderben in die Arme stossen, um sich seines reichen Nachlasses zu bemächtigen. Die Prinzessin Liao-Ko-Sing ist die Tochter eines Dorfsläters, wurde von dem Obersten der Priester des Palastes in der Absicht erzogen, um sie später in das Kloster von Moulden aufzunehmen; aber eines Tages, als sie wie gewöhnlich in die Pagode ging, bemerkte sie der Kaiser und verliebte sich in sie. Das junge Mädchen weigerte sich aber, unter den kaiserlichen Konkubinen, deren Zahl sich auf 300 beläuft, einen Platz einzunehmen, und der Kaiser nahm sie, um ihren Widerstand zu besiegen, ungeachtet ihrer niedern Herkunft unter die Zahl seiner legitimten Frauen auf und gab ihr den Titel Prinzessin. Der Kaiser von China kann, nach den von dem Gründer der gegenwärtigen Dynastie erlassenen Dekreten, welche mit äußerster Gewissenhaftigkeit beobachtet werden, 8 legitime Frauen und 300 Konkubinen haben. Diejenige der legitimen Frauen, welche zuerst mit einem Sohn niederkommt (der älteste Sohn ist Thronerbe) erhält den Titel und die Ehren einer Kaiserin. Da die jetzige Kaiserin keinen persönlichen Ehrgeiz besitzt und in der größten Zurückgezogenheit lebt, so war die Folge, daß Prinzessin Liao-Ko-Sing die Bevorzugteste der legitimen Frauen des Kaisers geworden ist, und daß sie bei dem Volke für die eigentliche Kaiserin gilt; auch ist es ihr Portrait, welches man in ganz Asien und Europa für dasjenige der Kaiserin sieht. Ohne diese junge Fürstin wäre es jetzt mit der Regierung des Kaisers vorbei; sie ist es, welche nach der Einnahme von Peking die Fortsetzung des Krieges verhinderte und den Prinzen Kong, welchen sie gegen die Höflingspartei unterstützt, zum Friedensvermittler bezeichnete; sie ist es ferner, welche dem Kaiser fortwährend den Rath erheilt, sich mit den europäischen Mächten in guten Beziehungen zu halten, und welche den Kaiser veranlaßt, wieder seine Residenz in Peking aufzuschlagen. Die Gewohnheiten der europäischen Höfe sind ihr bekannt und ihre Ansicht ist es, sobald der Kaiser sich wieder in seiner Hauptstadt befindet, ihren Rang einzunehmen, sich die großen Staatskörper und die Mitglieder des diplomatischen Corps vorstellen zu lassen, mit einem Wort, wie eine Kaiserin oder Königin des Abendlandes zu leben. Wenn es gelingt diese Veränderung beim Pekinger Hof einzuführen, so wird sie von sehr heilsamen Wirkungen für die chinesischen Kaiser sein. Nach den letzten Nachrichten dauerten die guten Beziehungen zwischen den Gefundenen der europäischen Mächte und dem Prinzen Kong, sowie dem Bureau der auswärtigen Angelegenheiten fort. Mehrere ernste Fragen, deren Lösung sonst eine sehr lange Zeit in Anspruch genommen hätte, haben eine fast sofortige Erledigung gefunden.“

— [Die Rebellen; die Gesandtschaften; Christen.] Die Nachrichten, welche der Irkutsker „Amur“ aus China bringt, gehen bis Mitte April. Die Insurgenten verstärkten sich nach diesen Nachrichten immer mehr, und dringen immer weiter gegen Peking vor, von wo einzelne vorgehobene Haufen nur noch 400 Werst entfernt sind. San-Ban, der mongolische Anführer, erleidet eine Niederlage um die andere, und wäre in einem der letzten Scharnügel den Insurgents beinahe in die Hände gefallen. — Der englische und der französische Gesandte leben in Peking in Fürstenhäusern in der Nähe des russischen Gehöfts. Der französische Palast wird umgebaut und 700 Arbeiter sind daran beschäftigt. Der Bogdochan war noch in Schoche, und hatte die Rückkehr nach Peking bis auf den Herbst verschoben; dann wird er sie möglicherweise wieder verschieben. — Ein russischer Missionar schreibt demselben Blatt, daß er die Christen in dem Dorfe Dur-din-an, auf der Hälfte des Weges zwischen Tientsin und Peking belegen, beobachtet, und die Weiber und Kinder wegen Mangels eines Geistlichen ungetauft gefunden habe. Er habe deshalb aus den ihm von Irkutsk übersendeten Mitteln einen Missionar dorthin gesendet, um den nothwendigen Unterricht zu ertheilen.

— [Die Expedition auf dem Yang-tse-kiang.] Aus China wird dem „Moniteur“ folgendes geschrieben: Die unter Admiral Hope auf dem Flus Yang-tse-kiang vorgenommene englische Expedition ist nach Shanghai zurückgekehrt, nachdem sie 160 Meilen über das große Handelszentrum von Hang-Keon, d. h. 760 Meilen von der Mündung des Flusses an, vorgedrungen war. Von Nanking hat sie sehr große Strecken Landes verwüstet und entvölkert gefunden, eine Folge des Durchmarsches oder der Anwesenheit der Rebellen. Mehrere große Städte, welche vor kurzem noch die Hauptpunkte eines großen und blühenden Handels waren, sind jetzt zerstört und in einen Trümmerhaufen umgewandelt. Die Stadt Hang-Keon selbst wurde wenige Tage vor der Ankunft der Expedition auf das bloße Gerücht von der Annäherung einer Insurgentenbande hin, von dem größten Theil ihrer Bewohner verlassen. Es scheint jetzt gewiß, daß die chinesische Insurrektion von Anfang an nichts als ein durch geschickte Betrügereien unterstütztes Räuberwesen war, welches in dem Grade zunahm, als es Terrain gewann.

### Amerika.

Newyork, 19. Juni. [Vom Kriegsschauplatz; die Präsidentenbotschaft; gegen Ausreißer.] Von Tag zu Tag erwartet man, von einer großen Schlacht zu hören. Bis her vergebens. In Washington war in den letzten Tagen zu verschiedenen Malen das Gericht eines bevorstehenden Angriffs verbreitet gewesen, so daß ein Theil der Besatzung Tag und Nacht unter Waffen stand. Die schlechte Führung der Bundesstruppen in der Affaire bei Great Bethel hat der Regierung die Überzeugung ver-

schafft, daß sich mit ungeschulten Offizieren nicht gut Krieg führen lasse. Sie ist, wie es heißt, jetzt entschlossen, nur Offiziere aus der regulären Armee zu nehmen, und General Scott soll erklärt haben, er werde im entgegengesetzten Falle ohne Weiteres das Kommando niederlegen. — Der Präsident arbeitet an seiner Botschaft, denn in 14 Tagen wird der Kongress beisammen sein. Nach der „New-york Times“ wird er auf die Beschaffung ausgedehnter Hülfsmittel dringen, um den Krieg im Laufe des Winters zu Ende zu führen; auf eine Anleihe von 200 Mill. Doll., Aufstellung eines 500,000 Mann starken Heeres u. dgl. m. — Mittlerweile sind die strengsten Maßregeln gegen Ausreißer angeordnet und es liegen Beweise in Menge vor, daß die Regierung den Zeitungen gegenüber eine willkürliche Zensur handhabt, infofern sie nämlich manche telegraphische Depesche zurückhält, die für Zeitungen bestimmt ist.

### Vokales und Provinzielles.

— Posen, 4. Juli. [Stadtverordnetenversammlung.] Zum Beginn der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten machte der Vorsitzende die Mittheilung, daß der Stadtverordnete Dr. Cegielski ein Gesuch eingereicht habe, in dem er bitte, ihn auf 6 Monate in Rücksicht auf seinen leidenden Gesundheitszustand zu beurlauben. Der Vorsitzende bemerkte, daß gesetzliche Bestimmungen über diesen Fall nicht vorhanden seien, er stelle deshalb den Antrag, über das vorliegende Gesuch zur Tagesordnung überzugehen, da ein Zwang zum Besuch der Sitzungen ja nicht bestehe. Die Versammlung trat dem Antrage des Vorsitzenden bei. — Demnächst kam die Rückäußerung des Magistrats in Betreff des Antrages, alle Konsumtibiliten ic. für die städtischen Anstalten im Wege der Submission zu beschaffen, zum Vortrage. Aus derselben ergab sich, daß bereits sämmtliche Bittualien ic. mit Ausnahme der Medikamente, zur Lieferung an den Mindestfordernden in öffentlichem Termine vergeben werden, nur mit der Anschaffung einiger Nebenbedürfnisse, namentlich der Leib- und Bettwäsche, wird eine Ausnahme gemacht, da der Magistrat der Ansicht ist, daß es zweitmäßig sei, diese Gegenstände, nach vorheriger sorgfältiger Prüfung, durch Ankauf im Laden zu erwerben. Einer der Antragsteller begründete seine Ansicht, daß es sehr wohl möglich und wahrscheinlich auch vortheilhafter sei, wenn diese Gegenstände ebenfalls zur Lieferung an den Mindestfordernden übergeben würden. Trotz mehrfacher Bedenken, welche von Seiten einiger Mitglieder des Magistrats wie der Versammlung gegen die Zweitmäßigkeit einer Aenderung des Verfahrens erhoben wurden, beschloß die Versammlung mit einer geringen Majorität, ein desfallsiges Gesuch an den Magistrat zu richten. — Die Armenklassen-Rechnungen pro 1855—58 gehen zur Erledigung einiger Seitens der Finanzkommission gemachten Monita nochmals an den Magistrat zurück; der Hundesteuerklassen-Rechnung pro 1859 wird Decharge ertheilt. — Der Rektor der hiesigen Mittelschule hat bekanntlich die Erweiterung der Mädchen-Mittelschule von drei auf vier Klassen beantragt und ist dieser Antrag durch eine Petition hiesiger Einwohner unterstützt worden. Der Magistrat hat jetzt über diese Angelegenheit ein Gutachten abgegeben und spricht sich darin für die einstweilige Ablehnung des Antrages aus, da einerseits für diesen Zweck im diesjährigen Etat keine Mittel ausgeworfen seien, und andererseits auch gegenwärtig kein geeignetes Lokal dazu vorhanden sei. Die Versammlung trat der Ansicht des Magistrats bei. In der Debatte über diesen Gegenstand wurde hervorgehoben, daß es zunächst nothwendiger sei, für die Vermehrung der Elementarschulen zu sorgen, deren Bedürfnis immer noch nicht ausreichend gedeckt sei. — Über den Antrag, betreffend die Verbesserung der Passage durch das Berliner Thor, haben weitere Berathungen stattgefunden; unter den gemachten Vorschlägen ist die Erbauung eines Doppelthors als der zweitmäßigte anerkannt. Die Versammlung beschloß, den Magistrat zu eruchen, an geeigneter Stelle die erforderlichen Schritte zu thun, damit den beregneten Nebelständen Abhülfe werde. — Bei den Suchen des Rechnungsraths Erhardt und des Produktenhändlers Ph. Ehrlich um Ertheilung des Konenses als Kommissionär, und der Juliane Lindner als Gesindevermieterin wurde Seitens der Versammlung Nützlichkeit und Bedürfnis anerkannt. Ein anderes Gesuch war auf Ertheilung des Konenses als Auktionskommissar gerichtet. Der Magistrat hatte dasselbe im Interesse der Gewerbefreiheit befürwortet, die Versammlung dagegen wisch in diesem Falle von ihrer sonstigen Praxis ab und verneinte Nützlichkeit und Bedürfnis. — Zu Mitgliedern für die Kreisversammlung wurden die Stadtverordneten A. Asch und Schmidt und zu deren Stellvertretern die Stadtverordneten Meisch und Dahle gewählt. — Für einen städtischen Lehrer wurde zu einer auswärtigen Kur eine Unterstützung von 50 Thlr. bewilligt. — Der Etat der Gasanstalt kam nicht zur Erledigung. — Über persönliche Angelegenheiten wurde in gehetmer Sitzung berathen. — Anwesend waren die Stadtverordneten Schuschi (Vorsitzender), Annuz, B. H. Asch, R. Asch, Berger, Bielefeld, Borchart, Dahlke, Garvey, Hebanowski, Hize, Sal. Jasse, Sam. Jasse, Lükle, Mamroth, Matecki, Meyer, Schimmel-pennig, Schmidt und Walther. — Der Magistrat war vertreten durch den Oberbürgermeister Geh. Rath Raumann und die Stadträthe Au, v. Chlebowksi, v. Rosenstiel, Samter und Treskow.

\* — [Versuchter Selbstmord.] Gestern Nachmittag in der vierten Stunde versuchte der Friseurgehilfe Voigt aus Breslau sein Leben dadurch ein Ende zu machen, daß er sich, als die Hülfsmaschine von Moschin kam, etwa 50 Schritt von der Breslauer Chaussee nach Moschin zu, quer über die Schiene legte. Der Führer der Maschine, welcher dies eine kurze Strecke vorher bemerkte, bremste sofort und es gelang ihm, die Maschine so zum Stehen zu bringen, daß der ic. Voigt nur mit der Wischergabel gestoßen wurde, wobei jedoch eine Quetschung der Brust und eine starke Verlebung des Kopfes erfolgte. Der Führer wurde sofort der Polizeibehörde zugeführt.

S — [Theater.] Wir haben schon vor einigen Wochen unseren Theaterfreunden in Aussicht gestellt, daß der f. russ. Hoffschauspieler Hr. Theodor Lobe, der seinen Urlaub mit seiner Familie diesmal in Deutschland zubringt, sich auf Bitten der zahlreichen Freunde seines schönen Talents werde bewegen lassen, auch hier in einigen Gastställen aufzutreten. Seht können wir die gewiß vielen erfreuliche Mittheilung machen, daß schon in den nächsten Tagen dieses Gastspiel sich realisiren wird, nachdem Hr. Lobe von seinem Ausfluge nach Wien zurückgelehrt ist, wo er wiederum, wie schon früher, bei seinem Gastspiel die verdiente, warme Anerkennung (Fortsetzung in der Beilage.)

kennung seiner Leistungen gefunden hat. Die Wiener Blätter (und darunter neben den Theaterblättern auch die Feuilletons der bedeutendsten Journale, die sonst mit ihrem Lobe ziemlich haushälterisch umzugehen pflegen) sprechen das einstimmig in ehrendster Weise aus. Unser Publikum hat den jungen, gewandten Künstler stets gern gesehen und so wird dasselbe auch diesmal gewiß nicht unterlassen, ihn freundlich willkommen zu heißen und ihm seine Theilnahme durch zahlreichen Besuch zu bekunden. Wie wir hören, beginnt derselbe sein allerdings wohl nur kurzes Gastspiel, da anderweitige Verpflichtungen ihn nach Nürnberg rufen, schon übermorgen, Sonnabend d. 6. d. in einigen kleinen Stücken („Romeo auf dem Bureau“, „Hermann und Dorothea“, „Meine Tante, deine Tante“ &c.), und wird darauf am Sonntag den „Verwunschenen Prinzen“ und „Fromm und weltlich“, und am Dienstag „Einer von unsre Leut“, folgen lassen.

F. Punkt, 2. Juli. [Grundsteinlegung zur evangelischen Kirche.] Am vorigen Donnerstag, 27. Juni, dem Tage der feierlichen Grundsteinlegung zur neuen evang. Petrikirche hieselbst, waren die Hauptstrassen unserer Stadt mit Ehrenpforten und Guirlanden festlich geschmückt und mit Schilt und Kranz bestreut. Besonders schön nahmen sich die Baumreihen aus, welche längs der Häuser angebracht waren. Schon am Tage vorher hatte die benachbarte Gemeinde Smielowo den von dem dortigen Vorwerksbesitzer Stieger geschenkten Grundstein in feierlicher Aufzüge auf die Baustätte gebracht. Der Wagen, auf welchem der mit Guirlanden umwundene und mit einer großen Blumenkrone gezierte Stein lag, war mit 24 bekränzten Ochsen bespannt, deren Hörnerpfeile vergoldet waren. Dem Wagen folgten die Mitglieder der Kirchbaufkommission, die Witwe und Jungfrauen der Gemeinde Smielowo und viele Einwohner unserer Stadt unter Bortritt eines Musikkorps. Am Festtage hatten sich schon früh die meisten Mitglieder der Kirchengemeinde und viele Fremde aus den benachbarten Städten und Dörfern eingefunden. Gegen 10 Uhr marschierte unsere Schützengilde in Parade, in ihrer Mitte die Mitglieder des Magistrats und eine Deputation der Stadtverordneten, bis zum Ausgang der Stadt, um die vom Bahnhof Bojanowo abgeholten Ehrengäste zu empfangen und zu bewillkommen. Gegen 11 Uhr zogen die Schüler unserer Kommunalschule, klassenweise geführt von ihren und den eingeladenen Lehrern, auf den Marktplatz vor das Rathaus, wo sich der Festzug ordnete. Es folgten der Schule: die Maurer und Bauleute; die Geistlichkeit (und zwar: Gen. Sup. Dr. Granz aus Posen, Kons. Rath Heinrich aus Breslau, Superintendentur-Berweier, Pastor Müller aus Sarnie, Pastor Schaffran aus Bojanowo und Pastor Domke aus Wałcze); die Ehrengäste (Kurt Haßfeldt auf Schloss Trachenberg, Reg. Rath Gaede und Ober-Postdirektor Buitendorf aus Posen, Landrat Schopis aus Rawicz und Realschulherr Küll aus Graustadt); die städtischen Behörden, der Gemeinde-Kirchenrat, die Vorsteher städtischer Institute, die evang. Obermeister der verschiedenen Innungen, die Bürgerjuristare, Schildberg, den 30. Juni 1861.

## Das Stadtverordneten-Kollegium.

## Bekanntmachung.

Bon der königlichen Direktion der Ober-schlesischen Eisenbahn zu Breslau bin ich beauftragt worden, die auf dem hiesigen Bahnhofe lagenden

- a) 10 Stück Vollschienen im Gewichte von 25½ Ztn.
- b) 504 Stück Rohschienen im Gewichte von 1074½ Ztn. und
- c) 85 Stück Rohbahnschienen im Gewichte von 110½ Ztn.

zu verkaufen.

Zu diesem Zwecke habe ich am 18. d. M. Vormittags 11 Uhr in meinem Büro, II. Ritterstraße Nr. 8, einen Submissionstermin anberaumt.

Schriftliche Offerten auf obige Gegenstände, in welchen die Preisberichtigung pro Zentner abgegeben werden muß, sind bis zum Termine am Mittwoch den 7. August 1861 vor-

mittags 10 Uhr

im Büro des Bürwirth Kutzner zu Lin- denstadt bei Birnbaum öffentlich meistbietend verkauft werden.

Holz-Verkäufer.

Es sollen aus den Schlägen der Oberförsterei Birnbaum pro 1861

236 Klaftern buchen Kloben, Berauf Kolno.

Alt. Zattum, Jag. 5,

120 Klaftern liefern Kloben, Berauf Drieb-

en, Jag. 31,

sämtlich nicht weit von der Warthe stehend, am

Mittwoch den 7. August 1861 vor-

mittags 10 Uhr

im Büro des Bürwirth Kutzner zu Lin-

denstadt bei Birnbaum öffentlich meistbietend verkauft werden.

Die Kölnische Feuer-Versicherungsgesellschaft Colonia versichert Gründen in Scheunen und Schöbern — Miethen — gegen feste Prämie.

Ihre Garantiemittel belaufen sich auf nahe an sechs Millionen Thaler preuß. Cour.

Der unterzeichnete Agent der Gesellschaft ist jederzeit bereit, Versicherungsanträge entgegen zu nehmen und ist für deren akurate und prompte Erledigung stets besorgt.

M. Magnuszewicz.

Stoppelrüben-Samen, à Pf. 6 Sgr.

A. Niessing in Poln. Lissa.

Peru-Guano,

empfehlen wir als zuverlässig echt unter Garantie des höchsten Stickstoffgehalts, und besorgen solchen von unserem hiesigen und unserem Stettiner Lager nach allen Richtungen.

N. Helfft & Co.,

Berlin, Unter den Linden 52.

Gänzlicher Ausverkauf des Möbel-Vagers

Gewerbe-Halle

zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Ein Billard im besten Zustande steht zum Verkauf Wallische Nr. 88.

G. fr. Tafelbutler, best. Limb. Sahnfäse (gelb und fett), so wie neue Türt. u. Apfel-sinen billigt v. Aletschhoff, Krämerstr. 12.

Gutes langes Winterrohr als Deckrohr und zum Berohren, auch Stroh, offerirt billigt

Burghardt in Gortatowo bei Schwersenz.

Ein fast neues gutes Mahagoni-Instrument, Tafelform, 6½ Octaven, steht große Ritterstraße Nr. 8 im Hofe, eine Stiege, zum Verkauf.

Milch, frisch gemolken, des Morgens im Garten zu trinken bei Königstraße 6/7.

Heinrich Mayer.

die ältesten Gemeindemitglieder, die evang. Ortschulzen aus den zur Parochie gehörigen Dorfgemeinden, die Schiedsmänner und endlich die Kirchengemeinde und die Fremden. Die Schützengilde schloß den Seztzug von beiden Seiten ein und verhinderte dadurch jedes Gedränge. Auf dem Zuge zur Baustätte wurde das Lied: „Ach bleib mit deiner Gnade“ mit Musikbegleitung gelungen. Zwischen erdröhnten Böllerchüssen in der Nähe des Kirchbauplatzes. Die Arrangements auf der Baustätte waren von dem Maurer- und Zimmermeister Müller aus Rawicz, welchem der Kirchbau übergeben worden ist, sehr zweckmäßig getroffen. Von den Fundamenten des Thurmtes aus, wo sich die Sizellpläne für die Ehrengäste, die städtischen Behörden und die Kirchbaufkommission befanden, führte eine Treppe nach einem Plateau zwischen den Fundamenten des Kirchdaches. Dasselbe stand der mit Decke, Kreuz und Blumen verfechte Altartisch, und an beiden Seiten desselben nahm die Geistlichkeit Platz. Dem Altar gegenüber an der äußeren Thurmseite standen die Sänger und Musiker; den übrigen Bauplatz nahmen die zahlreich versammelte Kirchengemeinde und die Fremden ein. Vor der Weiherede des Pastors Domke wurde das Lied: „Gott in der Höhe sei Ehr und Ruhm“ mit Instrumentalbegleitung gesungen. Bürgermeister Stöler hielt hierauf eine Ansprache an die Festversammlung, worin er ganz besonders der k. Regierung für die große Theilnahme für den Kirchbau, dem Landrat Schopis für seine außerordentlichen Verdienste um denselben, den städtischen Behörden für das so bereitwillig beschaffte fehlende Baukapital, und der Kirchbaufkommission für den bisher an den Tag gelegten großen Eifer innigen Dank dorbrachte. Darauf verlas er die Urkunde und übergab sie mit feierlicher Ansprache dem Maurer- und Zimmermeister Müller mit der Aufforderung, sie unter den Grundstein zu vermauern, was auch geschah, nachdem dieser noch eine kurze, gediegene Rede gehalten hatte. Während der Legung des Grundsteins wurde vom Sängerkor der Psalm von F. Schnabel: „Herr, unser Gott“ unter Leitung des Kantors Niederlück sehr gut aufgeführt. Darauf folgten die üblichen Hammerschläge, wobei Gen. Sup. Dr. Granz, Superintendentur-Berweier, Pastor Müller und besonders auch Kons. Rath Heinrich durch längere und gediegene Reden die Festversammlung erbauten. Die ersten beiden Verse aus dem Lied: „Nun danket alle Gott“ folgten diesem Akte, worauf der General-Superintendent das Gebet sprach und den Segen ertheilte. Der letzte Vers aus dem gedachten Lied schloß die würdige, vom schönen Wetter begünstigte Feier der Grundsteinlegung zum Bau unserer Kirche, den schon unsere Voreltern so sehnlich gewünscht und die Ausführung derselben durch freiwillige Gaben zu ermöglichen gestrebt hatten. Durch ihre Opferwilligkeit und durch ein von den hiesigen städtischen Behörden den Repräsentanten der Kirchengemeinde verhaftetes Darlehn von 9000 Thlr. ist es jetzt möglich geworden, den Bau zu beginnen, der mit Gottes Hilfe künftiges Jahr zu Ende geführt werden soll. Nach der Feierlichkeit fand im Rathaussaale, dessen Wände mit grünen Zweigen dekoriert waren, ein Diner statt, an welchem sämtliche Ehrengäste einschließlich der Geistlichen und 56 anderen Geistlichen teilnahmen. Nur der Seelsorger der Gemeinde, Pastor Domke, war wiederholter Einladung ungeachtet, nicht erschienen. Frohsinn und Heiterkeit herrschten dabei und wurde noch durch die verschiedenen anprechenden Toaste gehoben. Erst gegen 8 Uhr Abends trennte sich die frohe Gesellschaft. Nur einige Ehrengäste, welche die Eisenbahn zu ihrer Abreise benutzt

waren schon früher aufgebrochen. Restaurateur Schönbrunn aus Rawicz hatte die Bewirthung beim Diner übernommen und zur größten Zufriedenheit ausgeführt.

o Nakel, 3. Juli. [Wahl.] Wie vorauszusehen war, wurde die von den Stadtverordneten mit Ausglug der Juden hier vorgenommene Wahl eines Wahlmannes zur Wahl eines Provinziallandtagsabgeordneten aufgehoben und fand nur gestern diese Wahl anderweitig statt. Das Stadtverordnetenkollegium wählte den Bankagenten, ehemaligen Apotheker Schwarz zum Wahlmann, und den jüdischen Stadtverordneten, Buchhändler Kallmann zum Stellvertreter derselben.

## Strombericht.

## Obernicker Brücke.

Am 1. Juli. Kahn Nr. 237, Schiffer Johann Krause, von Berlin nach Neustadt, und Kahn Nr. 242, Schiffer Friedrich Repnak, von Berlin nach Posen, beide mit Salz; Kahn Nr. 1283, Schiffer August Beidler, von Landsberg nach Posen leer. — Holzfächer: 4 Drittel Eichen- und 12 Eichenkiefernholz, Auflast Kiefernholz, Auflast Kiefernholz, von Pogorzlice nach Stettin und Gleizen.

## Angekommene Fremde.

Vom 4. Juli.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Gerichts-Assessor Rau aus Breslau, Kaufmann Baer aus Newyork, Fräulein Baer und Fräulein Socha gewer aus Birke, die Gutsbesitzer v. Garlicki aus Polen und Noack aus Breslau.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsb. Graf Grabowski aus Radomir, v. Potworowski nebst Frau aus Karmin, v. Oppen aus Brody, v. Stojz aus Malczevo und v. Kocjorowski aus Piotrkowice, die Kaufleute Höller aus Berlin und Sarozynski aus Gnesen.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Kreisgerichts-Direktor Kolbenach aus Röthen, Inspektor Kinder aus Schwedt, Partikular-Mathair aus Seitz, die Kaufleute Blattmann aus Freiburg i. S. und Levin aus Berlin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Henry aus Lyon, Wende und Künzel aus Berlin, Dorweiler aus Düren, Bördi aus Mainz, Marquard aus Stettin, Meißner aus Dresden und Jäger aus Breslau.

HOTEL DU NORD. Gutsrächer v. Trampczyski aus Bielaw, Geistlicher Welitz aus Schneidemühl, Rittergutsb. Benas aus Szczecin und Frau Rittergutsb. v. Wiczyska aus Krotzanow.

HOTEL DE PARIS. Die Probstie Jancke aus Kurnik und Kantoriki aus Mokronos, Geistlicher Gabriel aus Schrimm und Administrator Schmidt aus Broniszewice.

HOTEL DE BERLIN. Frau Gutsbesitzer Gerlig aus Popow Iwanow, Gutsb. Jasinski aus Goryszewo, Hauslehrer v. Komornicki aus Wolynien, Brennerei-Inspector Koch aus Siedzin, Fräulein Krüger aus Wur, Goślin, Landwirth Büttner aus Wreschen und Frau Buchhalter Büttner aus Mokoszewo.

Ein möbl. Stübchen Bindenstr. 4 1 Tr. s. z. besitzt denmädchen &c. &c. so wie alle mit guten Empfehlungen versehene Hausbesitzer, zu belegen.

Die Provision wird beim Antritt des Engagements gezahlt.

Für die Anmeldungen von Balkanen ist nichts zu entrichten. Briefe franko.

Ein Brennereiverwalter, der nur mit 4 Pfund Getreide pr. Schiff Kartoffeln arbeitet, die höchsten Ausbeuten liefert, und von Musterwirten empfohlen wird, sucht sofort ein Engagement. Gef. Offeraten O.P.III. posterante Schrimm.

Empfohlene Kommiss für Weiß-, Mode-, Material-, Destillations- und Schank-Geschäfte, auch Jäger und Förster, suchen baldiges Unterkommen. Zu erfragen beim Kommiss. Scheret, Markt 55. Familienwohnungen jeder beliebigen Größe weiset pr. Oktober obiger Adressat nach.

## Wichtig für die gesamte Landwirtschaft!!

Neu erschienen sind so eben im Verlage von Gustav Bösselmann folgende höchst empfehlenswerthe Bücher, welche in der J. J. Heinichen Buchhandlung, Markt 85, vorrätig:

Bergius, Carl Julius, Die Abschaffung der Korngesetze und der Schutzzölle in England. Vortrag, gehalten im Verein junger Kaufleute zu Breslau am 26. Februar 1861. — 6 Sgr.

Blumenthal, L., Die Entfaltung von Kartoffel- und Rüben-Melasse-Spiritus, in industrieller und technischer Beziehung. Mit 3 Abbildungen 10 Sgr.

Dullo, Dr., Torfverwertungen in Europa. Mit 8 lith. Abbildungen. 20 Sgr. Der Verfasser beschreibt in dieser Schrift das, was er auf seiner Reise durch Deutschland, die Schweiz, Frankreich, Holland und Groß-Britannien, welche den Zweck hatte, den gegenwärtigen Stand der verschiedenen Arten der Torfverwertungen genau kennen zu lernen, in dieser Beziehung gelehrt hat.

Fromm, L., Über Hypothekenversicherung und deren wahrscheinliche Einwirkung auf den Grundkredit in den Staaten Nord-Deutschlands. 4 Sgr.

Gärtner, R., Beschreibung des von Herrn Asmus Petersen erfundenen Kunstwiesenbaus. Mit 1 Zeichnung. 6 Sgr.

Hellriegel, Die Zeichen und Formeln der Chemie. 6 Sgr. Diese Schrift enthält das Wesentliche der Zeichensprache der Chemie, welche bei der nahen Beziehung, in welche diese Wissenschaft zur Landwirtschaft getreten ist, jedem Leser der landw. Literatur zum Nachschlagen empfohlen wird.

Janke, H., königl. preuß. Justizassessor und Kameralist. Die direkte Besteuerung des Spiritus. Eine Beiträge des Gegenwart. 20 Sgr. Für jeden Brennereibesitzer höchst interessante Schrift.

Menzel, E. O., Wirtl. Geh. Kriegsrath, Director des Remontedepots, Mitglied des Landes-Dekonomie-Kollegiums. Handbuch der rationellen Schafzucht. Von dem landwirtschaftlichen Provinzialverein für die Mark Brandenburg und Niedersachsen gekrönte Preischrift. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. Kartonnirt 1 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf.

Der schnelle Abzug der ganzen ersten Auflage spricht für die Gediegenheit dieses Werkes.

Natusius, Hermann v., Über Shorthorn-Rindvieh. Mit einem Anhange über Inzucht. Mit 1 lith. Tafel. Zweite Auflage. 15 Sgr. Die in neuerer Zeit vielfach geschehene Einführung des Shorthorns hat die allgemeine Aufmerksamkeit auf sie gelenkt, vorliegende Schrift gibt über Alles sie betreffende Auskunft.

Schulze-Schulzendorf, Der Möhrenbau im Großen nach meinen neuesten Erfahrungen. Zweite Auflage. 7½ Sgr. Erfahrungen eines praktischen Landwirthes.

Auswärtige Familien-Nachrichten. Berlin, dem Lieut. v. Lippelskirch in Breslau, dem Major v. Samels in Magdeburg, dem Lieut. v. Krangius in Danzig, dem Herrn v. Funke in Frauendorf, dem Herrn Th. Voigt auf Rittergut Schiene.

## Männer-Turnverein.

Sonnabend den 6. d. M. Generalversammlung. Sonntag den 7. d. M. Turnfahrt nach Eichwalde; der Abmarsch erfolgt Nachmittags um 3 Uhr vom Turnplatz aus.

Der Vorstand.

Geburten. Ein Sohn dem Lieutenant P. v. Sandorhazy in Berlin, dem Lieut. Rasch in

Das landwirthschaftliche Publikum ist davon bereits mehrfach in Kenntniß gesetzt worden, daß nach dem Muster der Provinz Schlesien auch im Großherzogthum Posen ein Verein zur Unterstüzung hülfsbedürftiger Delonome-Beamten ins Leben getreten ist. Dieser gemeinnützige, der Wohltätigkeit gewidmete Verein besteht aus sogenannten Ehrenmitgliedern und ordentlichen Mitgliedern, welche durch Geldbeiträge den Zweck der Gesellschaft verfolgen. Ehrenmitglieder sind Gutsbesitzer, Pächter u. s. w., überhaupt alle Dienstjenigen, welche zum Betriebe ihrer Wirtschaften sich der Güts- und Aufsichts-Beamten bedienen; diese letzteren selbst sind die ordentlichen Mitglieder der Gesellschaft.

Der Zweck der Gesellschaft ist: diesen Beamten, wenn sie ohne ihr Verdienst dientlos werden, zu neuen Stellen zu verhelfen, und wenn sie invalid geworden sind, sie zu unterstützen, im Sterbefalle aber ihre Hinterbliebenen zu versorgen.

Aufer dem Humanitätsinteresse haben die Dienstgeber als Ehrenmitglieder des Vereins ein wesenliches materielles Interesse, indem Institut angehören, weil sie in den ordentlichen Mitgliedern der Gesellschaft eine sichere Pflaufstätte von tüchtigen Kandidaten zur Beseitung der bei ihnen vakant werdenden Beamtenstellen finden.

Ohne weitere Erörterung hierüber muß jedem Unbefangenen aus dieser kurzen Darstellung die heilsame und gemeinnützige Tendenz der Gesellschaft einleuchten. Dennoch sind leider von verschiedenen Seiten verdächtige Anmerkungen gegen die lauren Absichten des Vereins öffentlich laut geworden. Das unterzeichnete Direktorium erklärt hiermit alle jene dem Verein nachtheilig gestellten Rundgebungen als von unbefugten Personen ausgehend. Die bestellten Organe der Gesellschaft sahen nicht Zwietracht und sind fern von aller Parteiacht, denn das Gediehen dieser nützlichen Unternehmung verzerrt im allgemeinen wechselseitigen Vertrauen und ruht auf der regen Beteiligung aller Gönner der Landwirtschaft ohne Rücksicht auf ihre etwanigen Sonderstellungen.

Zu dieser allgemeinen Beteiligung lädt daher hiermit dringend ein  
Posen, den 2. Juli 1861.  
das Direktorium des Central-Vereins zur Unterstüzung von Landwirtschafts-

G. v. Karsnicki. A. Giersch. H. Szuman. F. Wize.

Der unter dem Allerhöchsten Protektorat Sr. Majestät des Königs stehenden Nationaldank-Stiftung für Veteranen sind von Gönner und Freunden derartige mehrere wertvolle Geschenke zur Verwertung ihrer Zwecke gemacht worden. Ein einfacher Verkauf der geschenkten Gegenstände erschien den Interessen der Stiftung und den Intentionen der Geber nicht zu entsprechen, und deshalb ist die Idee zur öffentlichen Ausstellung der Geschenke entstanden, die nunmehr und zwar mit um so größerem Erfolge zur Ausführung kommen wird, als durch die Allerhöchste Gnade Ihrer Majestäten des Königs und der Königin und Ihrer Majestät der Königl. Wittwe, so wie auch Ihrer Königl. Hoheiten der Prinzen und Prinzessinnen des Königl. Hauses sehr wertvolle Sachen aus Allerhöchstem und Höchstem Privatbesitz hergegeben worden sind, um die zur Verloosung bestimmten Gegenstände zu vermeiden.

Alle diese Gegenstände sind in einer besonderen Ausstellung im Rittersaal des Kroll'schen Establissemens dem Publikum zur Ansicht gegen ein Entrée von 2½ Sgr. à Person vereinigt und beträgt ihr Werth nach ungefährer Schätzung mehr denn 3000 Thlr.

Es sind aber zur Errichtung eines befriedigenden Erfolges noch mehrere Gegenstände dringend wünschenswerth und wird daher hierdurch an alle edle Förderer und Freunde der Nationaldank-Stiftung für Veteranen die ergebenste Bitte gerichtet: ihre Theilnahme und Fürsorge für die Verbesserung der summe- und sorgenvollen Lage der hülfsbedürftigen Krieger aus der Zeit der glorreichen Befreiung des heuern Vaterlandes durch Königl. 2. (Leib-) Husaren-Regts.

Da die Einnahme dieses Konzerts für mich bestimmt ist, erlaube ich mir, um recht zahlreichen Besuch zu bitten. E. Scholz.

Lambert's Garten.  
heute Donnerstag den 4. Juli  
großes Doppelkonzert à la Gunn!

unter gütiger Mitwirkung des Musikkorps königl. 2. (Leib-) Husaren-Regts.

Die Einnahme dieses Konzerts für mich bestimmt ist, erlaube ich mir, um recht zahlreichen Besuch zu bitten. E. Scholz.

Raufmännische Vereinigung

zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 4. Juli 1861.

Fonds. Br. Gd. bez.

Preuß. 3½% Staats-Schuldch. — 89 —

— 4% Staats-Anleihe — —

— 4½ —

Neueste 5% Preußische Anleihe — 107 —

Preuß. 3½% Prämiens-Anl. 1855 — 124 —

Posener 4% Pfandbriefe — 101 —

— 3½ —

— 4% neue — 93 —

Schles. 3½% Pfandbriefe — —

Westpr. do — —

Pomm. 4 — 84 —

Posener Rentenbriefe — 93 —

— 4% Stadt-Oblig. II. Em. — 92 —

— 5% Prov. Obligat. — 99 —

Provinzial-Bankaktien — —

Beimar. Bank-Akt. 4 | 74½ etw bz

Wiedenbrück. Bank-Akt. 4 | 74½ etw bz

Görl.-Minden III. G. 4 | 88 G

Cöln-Minden III. G. 4 | 99½ bz

Berl. Stadt-Oblig. 4 | 88½ G

Berl. Börse. Oblig. 5 | 102½ bz

Berl. Börse. Oblig. 5 | 87½ G

Berl. Börse. Oblig. 5 | 105 G

Kurh. Neumärk. 3½ | 93½ G

Ostpreußische 3½ | 87 G

do. 4 | 97 G

Pommersche 3½ | 91½ bz

do. neue 4 | 100½ bz

Poensche 4 | 102½ B

do. 3½ | 96½ G

do. neue 4 | 93½ bz

Pomm. Pr. Obl. 4 | 88 G

do. v. Staatgarant. 3½ | 84 G

Rheinl. Pr. Obl. 4 | 93 bz

Rheinl. Pr. v. St. 4 | 96½ bz